

Songül Schlürscheid / Markus Bönig

Digitaler Euro – das Ende der Freiheit?

Warum wir den Umbau unseres Geldsystems
zu einer Kontrollwährung stoppen müssen –
bevor es zu spät ist.



www.stopp-die-kontrollwaehrung.de

Songül Schlürscheid / Markus Bönig

Digitaler Euro – das Ende der Freiheit?

**Warum wir den Umbau unseres Geldsystems
zu einer Kontrollwährung stoppen müssen –
bevor es zu spät ist.**



RUDULIN

Erstauflage 2025

Rudulin Stichting

Pietersbergweg 291, 1105BM Amsterdam, Niederlande

Copyright © 2025 Rudulin Stichting, Amsterdam, Niederlande

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.

Für Verweise und Links auf Webseiten Dritter übernehmen wir
keine Haftung.

Layout & Satz: Nora Mohr (noramohr.com)

Lektorat: Angelika Eliane Pichon

Druck: PrintSupport4U NL

Gedruckt in der EU

Webseite: www.stopp-die-kontrollwahrung.de

*„Niemand kann kaufen oder verkaufen,
der nicht das Zeichen hat“*

(Offenbarung 13,17)

Inhaltsverzeichnis

Teil I:

DER UMBAU DES GELDSYSTEMS: WAS DIE EZB WIRKLICH PLANT

Kapitel 1:

Was ist der digitale Euro? 13

Grundprinzipien, Abgrenzung zu Bargeld und Kryptowährungen

Kapitel 2:

Die sechs zentralen Ausschreibungen im Überblick 22

Die technische Architektur, die Hintertüren und Kontrollmöglichkeiten

Kapitel 3:

Warum die EZB all das tut 37

Geopolitische, wirtschaftliche und machtpolitische Beweggründe

Teil II:

DIE FOLGEN FÜR BÜRGER, FREIHEIT UND DEMOKRATIE

Kapitel 4:

Überwachung durch die Hintertür

49

Wie jede Zahlung zur Datenspur wird

Kapitel 5:

Das Ende der Anonymität

62

*Warum die Abschaffung des Bargelds zur
digitalen Entblößung führt*

Kapitel 6:

Steuerung, Sanktionierung, Ausschluss

75

Die Gefahr programmierbaren Geldes und der soziale Kontrollstaat

Kapitel 7:

Wer profitiert – und wer verliert?

94

*EZB, Big Tech und Regierungen vs. Mittelstand, Bürger
und Bargeldnutzer*

Teil III:

WAS WIR JETZT TUN MÜSSEN

Kapitel 8:

Juristische Angriffspunkte 107

Grundrechte, Verhältnismäßigkeit, Eigentumsschutz und Klagewege

Kapitel 9:

Demokratische Verteidigungslinien 122

Parlamente, Petitionen, Öffentlichkeit und zivilgesellschaftlicher Druck

Kapitel 10:

Digitale Alternativen von unten 133

Kryptowährungen, Komplementärwährungen und freie Zahlungssysteme

Kapitel 11:

Ziviler Widerstand und Aufklärung 148

Kampagnen, Aktionen, Multiplikatoren und Argumentationslinien

Schlusswort:

Ein Aufruf zur digitalen Souveränität 165

Warum die Gestaltungshoheit über das Geldsystem in Bürgerhand gehört

Einleitung

Die Menschheit befindet sich mitten in einem historischen Wandel: Die digitale Transformation durchdringt alle Bereiche unseres Lebens wie Kommunikation, Mobilität, Arbeit, Bildung, Konsum und zunehmend auch das Geldsystem. Was einst als neutraler Vermittler ökonomischer Aktivität galt – das Geld – entwickelt sich unter dem Deckmantel der Innovation zu einem der mächtigsten Werkzeuge politischer, gesellschaftlicher und individueller Steuerung. Der digitale Euro (CBDC) steht sinnbildlich für diesen Wandel.

Die Europäische Zentralbank (EZB) propagiert digitales Zentralbankgeld (englisch: Central Bank Digital Currency, CBDC) als modernes Zahlungsmittel, das den Euro in eine neue Zeit überführen soll. Versprochen werden Sicherheit, Effizienz, europäische Souveränität und technologische Zukunftsfähigkeit. Doch was auf den ersten Blick wie ein konsequenter Schritt ins 21. Jahrhundert erscheint, entpuppt sich bei ge-

nauerem Hinsehen als technokratisches Großprojekt mit weitreichenden gesellschaftlichen, politischen und ethischen Implikationen.

Es geht hier nicht um eine neue Bezahlform, etwa nur eine neue App. Es geht vielmehr um die Neuverteilung von Macht – über Daten, über Verhalten, über Werte. Der digitale Euro (CBDC) verändert die Rolle der Zentralbank, die Struktur des Finanzsystems, das Verhältnis zwischen Bürger und Staat und letztlich die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Jeder Bezahlvorgang könnte in Zukunft Teil eines umfassenden Datenstroms werden, der analysiert, bewertet und im Zweifel gesteuert wird.

Dieses Buch ist ein kritischer Weckruf. Es analysiert die offiziellen Ausschreibungen der EZB im Jahr 2024, die bereits konkrete technische Grundlagen für ein kontrolliertes Zahlungssystem geschaffen haben. Es zeigt, wie scheinbar harmlose Module – etwa zur Nutzerverifikation, Datenweitergabe oder Offline-Zahlung – in der Summe eine Architektur errichten, die in totalitären Systemen zur Norm gehört.

Die Fragen, die wir uns stellen müssen, sind grundsätzlicher Natur: Wollen wir, dass unser Geld digital und damit überwachbar wird? Sind wir bereit, unsere finanzielle Privatsphäre aufzugeben? Ist es hinnehmbar, dass eine von uns Bürgern nicht gewählte Institution über den Zugang zu einem Zahlungsmittel bestimmt, das künftig alternativlos sein könnte? Wollen wir die Verfügungsmöglichkeiten über unser eigenes Geld wirklich aufgeben und uns den Einschränkungen hingeben?

Die Corona-Pandemie, Energiekrisen, geopolitische Spannungen und ökologische Transformationen haben gezeigt, wie schnell sich politische Rahmenbedingungen ändern können – und wie leicht Ausnahmeregelungen zur neuen Normalität werden. Vor diesem Hintergrund ist es besonders gefährlich, technische Systeme zu schaffen, deren Machtpotenzial in stabilen Zeiten harmlos erscheint, aber in Krisenzeiten zur Bedrohung wird.

Wir stehen an einer Schwelle. Der digitale Euro (CBDC) ist keine Zukunftsmusik mehr – er wird bald real. Noch ist es möglich, Einfluss zu nehmen. Noch

kann verhindert werden, dass ein neues Geldsystem zum trojanischen Pferd einer digitalen Kontrolle mutiert. Doch dafür braucht es Aufklärung, Widerstand und Alternativen.

Dieses Buch gliedert sich in drei Hauptteile:

1. Im ersten Teil analysieren wir die Pläne der EZB und werfen einen kritischen Blick auf die offiziellen Ausschreibungen, ihre Inhalte, Hintergründe und Ziele.
2. Im zweiten Teil beleuchten wir die weitreichenden Folgen für Freiheit, Privatsphäre, wirtschaftliche Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt.
3. Im dritten Teil stellen wir Wege vor, wie Bürgerinnen und Bürger, Zivilgesellschaft und Institutionen den Umbau des Geldsystems aktiv mitgestalten oder verhindern können – durch juristische Mittel, demokratische Prozesse und digitale Alternativen.

Denn eines ist sicher: Wenn wir die Kontrolle über unser Geld verlieren, verlieren wir auch einen entscheidenden Teil unserer Freiheit. Dieses Buch soll dazu beitragen, genau das zu verhindern.

Teil I:

DER UMBAU DES GELDSYSTEMS: WAS DIE EZB WIRKLICH PLANT

Was ist der digitale Euro?

Grundprinzipien, Abgrenzung zu Bargeld und Kryptowährungen

Der digitale Euro (CBDC) ist mehr als nur die elektronische Variante einer bereits existierenden Währung. Er ist ein neues geldpolitisches Instrument mit enormer Tragweite – technisch, rechtlich und gesellschaftlich. Die Europäische Zentralbank plant damit die Einführung einer digitalen Zentralbankwährung, die Bürgerinnen und Bürger direkt von der Zentralbank erhalten können – ohne Zwischenschaltung einer Geschäftsbank.

Im Unterschied zum heute weitverbreiteten Giralgeld, das auf Konten bei privaten oder öffentlichen Banken geführt wird, handelt es sich beim digitalen Euro

(CBDC) um eine Forderung direkt gegenüber der Zentralbank, vergleichbar mit Bargeld. Dieser Unterschied ist von großer Bedeutung, denn während Giralgeld durch Bankpleiten, Liquiditätsengpässe oder technische Störungen gefährdet sein kann, verspricht der digitale Euro (CBDC) Stabilität und staatliche Garantie. Doch genau hier liegt auch das erste Spannungsfeld: Was Stabilität für die einen ist, kann Konzentration von Macht für andere bedeuten.

Die EZB betont, dass der digitale Euro (CBDC) das Bargeld nicht ersetzen, sondern ergänzen und als zusätzliches Zahlungsinstrument dienen soll – bequem, sicher, europäisch. Er soll sowohl online als auch offline einsetzbar sein, schnell funktionieren und durch moderne Technologien geschützt werden. Geplant ist, dass jede Bürgerin und jeder Bürger eine digitale Geldbörse („Wallet“) erhält, über die digitale Euros (CBDC) empfangen, aufbewahrt und ausgegeben werden können.

Die technischen Details, die im Rahmen zahlreicher Ausschreibungen öffentlich gemacht wurden, zeigen jedoch: Der digitale Euro (CBDC) wird nicht bloß ein

zusätzliches Angebot sein. Er ist als umfassende Infrastruktur konzipiert, die langfristig das heutige Zahlungssystem dominieren und möglicherweise sogar verdrängen könnte.

Die neue Rolle der Zentralbank

Mit dem digitalen Euro (CBDC) betritt die EZB Neuland. Bisher war sie vorrangig für geldpolitische Steuerung über Leitzinsen und Anleihekäufe zuständig. Nun will sie direkt in das Alltagsleben der Menschen eingreifen, indem sie ein eigenes Produkt anbietet, das auf Smartphones genutzt werden kann, mit Benutzeroberfläche, Kundensupport, technischen Updates und Sicherheitsfeatures. Damit wird sie von der abstrakten Hüterin der Geldwertstabilität zur realen Anbieterin eines Alltagsprodukts.

Das bedeutet auch: Die EZB sammelt als zentrale Institution Daten, verwaltet Nutzerkonten, trifft technische und inhaltliche Entscheidungen über Funktionen, Zugangsvoraussetzungen und Nutzungsbedingungen.

Es entstehen neue Abhängigkeiten zwischen Bürger und Institution, die bisher nicht existierten, weil nur die jeweilige Bank über die Zahlungen ihrer Kunden informiert ist. Niemand hat bislang einen vollständigen Überblick über alle Zahlungen.

Unterschied zu Bitcoin und anderen Kryptowährungen

Oft wird der digitale Euro (CBDC) in einem Atemzug mit Kryptowährungen wie Bitcoin genannt. In beiden Fällen handelt es sich um vollständig digitale – und hochproblematische – Zahlungsmittel. Jedoch gibt es grundlegende Unterschiede: Während Bitcoin dezentral organisiert ist, anonym verwendet werden kann und auf freiwilliger Akzeptanz beruht, ist der digitale Euro (CBDC) zentral kontrolliert, vollständig rückverfolgbar und potenziell verpflichtend.

Die Blockchain-Technologie, auf der viele Kryptowährungen basieren, wird beim digitalen Euro (CBDC) bestenfalls in vereinfachter oder stark angepasster Form

verwendet. Viel entscheidender ist die politische Steuerbarkeit: Beim digitalen Euro (CBDC) kann die EZB bestimmen, wie viel Geld verfügbar ist, wer es wie nutzen darf und ob bestimmte Transaktionen unterbunden werden, denn diese Währung ist programmierbar.

Die drei Nutzungsebenen des digitalen Euro (CBDC):

1. **Bürger-zu-Bürger-Zahlungen (Peer-to-Peer).**
Zwei Personen sollen sich direkt Geld überweisen können – über die Wallet-App.
2. **Zahlungen im Handel (POS & online).** Der digitale Euro (CBDC) soll als Konkurrenz zu Kartenzahlung, PayPal oder Apple Pay dienen – kontaktlos, schnell, europäisch.
3. **Integration in bestehende Systeme.** Banken und Zahlungsdienstleister sollen den digitalen Euro (CBDC) in ihre Infrastruktur einbinden – über ein spezielles Entwicklerpaket (Software Development Kit, SDK).

Diese Struktur zeigt: Der digitale Euro (CBDC) ist kein reines Nischenprodukt, sondern zielt auf breite Nutzung und vollständige Integration in den Alltag. Wenn etwa Sozialleistungen künftig nur noch digital ausgezahlt werden oder bestimmte Zahlungen nur noch in digitalem Euro erlaubt sind, könnte sich seine Nutzung von freiwillig zu verpflichtend wandeln.

Was bisher in der öffentlichen Debatte kaum beachtet wird, ist die **geplante Einführung verschiedener Nutzerklassen** innerhalb des digitalen Euro-Systems. Hinter der technisch neutral klingenden Idee von „Wallet-Typen“ verbirgt sich eine potenziell gefährliche Spaltung der Gesellschaft in **anonymisierte und vollständig identifizierte Nutzer**.

Laut den technischen Richtlinien (vgl. BSI TR-03179) sowie den Vorschlägen einiger EZB-naher Institute (z. B. Böckler-Stiftung/IMK) ist vorgesehen, dass bestimmte Nutzergruppen – etwa Bezieher von Sozialleistungen – **ausschließlich personalisierte Wallets** erhalten sollen. Diese Konten sind nicht nur mit Name und Adresse hinterlegt, sondern auch mit steuerlicher

Identifikationsnummer, Sozialversicherungsdaten und gegebenenfalls biometrischen Authentifizierungsverfahren verknüpft.

Gleichzeitig könnten sogenannte „Low-Value-Wallets“ (Kleinbetrag-Wallets) geschaffen werden, die bis zu einem gewissen Transaktionslimit **ohne vollständige Identifikation** nutzbar sind – vergleichbar mit heutigen Prepaid-Karten. Diese „anonymen“ Wallets sollen jedoch bewusst restriktiv gehalten werden: geringe Betragsgrenzen, keine staatlichen Transfers, eingeschränkte Offline-Funktionen.

Was daraus entsteht, ist **eine neue Klassengesellschaft im Geldsystem:**

- Wer unabhängig, vermögend oder selbstständig ist, kann (vielleicht) weiterhin eingeschränkt anonym agieren.
- wer auf staatliche Hilfe angewiesen ist, wird vollständig gläsern.

In einem System, das künftig auf digitale Auszahlung aller staatlichen Leistungen umgestellt wird – Kindergeld, Rente, Bürgergeld – bedeutet das faktisch: **Wer auf Hilfe angewiesen ist, verliert seine finanzielle Privatsphäre.** Und damit einen Kernbereich seiner Würde.

Die Versprechen der EZB – Wahlfreiheit, Datenschutz, Gleichbehandlung – zerfallen damit bei genauer Betrachtung in technokratische Ausnahmen und sozialtechnische Lenkung.

Die politische Dimension

Der digitale Euro (CBDC) ist nicht nur eine technische Neuerung, sondern auch eine politische. Er wird eingeführt von einer Institution, die keinem direkten Wahlmandat unterliegt, die unabhängig agiert, aber weitreichende gesellschaftliche Veränderungen einleiten möchte.

Dabei geht es um mehr als Bequemlichkeit beim Bezahlen: Es geht um Kontrolle, Steuerbarkeit, Über-

wachung – oder eben um Freiheit, Selbstbestimmung und Wahlmöglichkeit. Der digitale Euro (CBDC) ist eine Kontrollwährung und sollte deshalb in der Öffentlichkeit auch genau so genannt werden.

Deshalb ist es entscheidend, den digitalen Euro (CBDC) nicht lediglich als Innovation zu verstehen, sondern als das, was er tatsächlich ist: ein Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen Individuum und Geldmacht.

Die sechs zentralen Ausschreibungen im Überblick

Die technische Architektur, die Hintertüren und Kontrollmöglichkeiten

Die EZB hat im Jahr 2024 eine Reihe von Ausschreibungen veröffentlicht, die das Fundament für die technische Infrastruktur des digitalen Euro (CBDC) legen. Diese Ausschreibungen richten sich an private Dienstleister und spezifizieren in aller Deutlichkeit, welche Anforderungen an die verschiedenen Systembestandteile gestellt werden. Dabei geht es nicht nur um Zahlungsabwicklung, sondern um die Schaffung einer umfassenden digitalen Infrastruktur mit modularen Funktionen.

Was auf den ersten Blick wie technisches Fachkauderswelsch wirkt, offenbart bei genauer Analyse einen klaren Plan: Der digitale Euro (CBDC) soll ein System sein, das nicht nur Zahlungen ermöglicht, sondern diese auch vollständig überwacht, analysiert und steuerbar macht. Jedes einzelne Modul steht dabei für eine neue Schicht der Kontrolle. Im Folgenden werfen wir einen detaillierten Blick auf sechs besonders zentrale Ausschreibungen, die das Wesen des digitalen Euro (CBDC) prägen.

Die App und das SDK

Im Zentrum des Systems steht die offizielle „Digital Euro App“ – das Interface, über das Nutzerinnen und Nutzer mit dem System interagieren. In der dazugehörigen Ausschreibung ist nicht nur von Benutzerfreundlichkeit die Rede, sondern auch von Sicherheitsmerkmalen, Gerätebindung, Authentifizierung, biometrischer Verifikation und zentraler Fernsteuerbarkeit.

Zusätzlich soll ein Entwicklertool (SDK) bereitgestellt werden, das Banken und Drittanbieter in ihre eigenen Apps integrieren können. Damit kontrolliert die EZB nicht nur die Infrastruktur, sondern auch die Standards, die für private Anbieter verbindlich werden. Das bedeutet: Selbst wenn Sie Ihre Bank-App verwenden, bleibt die Kontrolle über die „digitale Euro-Komponente“ bei der EZB. Die logische Anschlussfrage lautet: Sind Banken im Zeitalter des digitalen Euro (CBDC) überhaupt noch nötig?

Mit dem digitalen Euro (CBDC) wird die Europäische Zentralbank selbst zum Anbieter – **nicht nur der Infrastruktur, sondern auch des Endprodukts**. Bürgerinnen und Bürger erhalten Zugang zu digitalem Zentralbankgeld – direkt, ohne Geschäftsbank als Mittler.

Das bereitgestellte SDK zeigt klar: Banken werden auf eine rein **oberflächliche Rolle** reduziert und letztlich überflüssig. Sie dürfen ihren Kunden zwar weitere Apps anbieten, doch das Herzstück – die digitale Euro-Komponente – **liegt vollständig in der Hand der EZB**. Standards, Protokolle, Sicherheitsmechanismen,

Updates – alles wird zentral vorgegeben. Die Bank wird zur **Hülle über einem Kern, den sie nicht mehr beeinflusst.**

Damit stellt sich die Frage, ob klassische Banken in diesem System nicht **systematisch entkernt** werden. Ihre Hoheit über Zahlungsströme entfällt. Die Kontrolle über Kundenschnittstellen wird beschränkt. Die technologische Abhängigkeit von der EZB wächst. Was bleibt, ist der Abstieg vom Akteur zum Erfüllungsgehilfen – in einem System, das Banken selbst nicht mehr gestalten dürfen.



Das Modul für Offline-Zahlungen

Um den Eindruck zu vermeiden, der digitale Euro (CBDC) sei ausschließlich ein Online-Produkt, enthält die zweite Ausschreibung ein Offline-Zahlungssystem. Dieses soll es ermöglichen, auch ohne Internetverbindung mit digitalen Euros (CBDC) zu bezahlen – z. B. über Chips, NFC oder Bluetooth-Verbindungen.

Doch wer sich hiervon echte Anonymität erhofft, wird enttäuscht: Denn Nutzer müssen sich im Vorfeld registrieren, Geräte müssen validiert sein, Transaktionen werden lokal gespeichert und beim nächsten Verbindungsaufbau zentral synchronisiert. Die „Offline-Funktion“ dient nicht der Freiheit, sondern der Illusion von Freiheit – bei vollständiger Kontrollierbarkeit.

Risikomanagement und Verhaltensanalyse (Fraud Detection)

Ein besonders brisantes Modul betrifft das Echtzeit-Risikomanagement. In der dazugehörigen Aus-

schreibung wird beschrieben, dass alle Transaktionen in Echtzeit auf potenziellen Missbrauch, „ungewöhnliches Verhalten“, Geldwäsche oder systematische Abweichungen geprüft werden sollen – automatisiert, gestützt durch künstliche Intelligenz (KI) und unter permanenter Datenverarbeitung.

Das bedeutet im Klartext: Jeder Zahlungsvorgang wird nicht nur ausgeführt, sondern auch bewertet. Der digitale Euro (CBDC) ist somit kein neutrales Zahlungsmittel mehr, sondern ein Verhaltenstracker. Wer sich nicht „systemkonform“ verhält, riskiert Warnungen, Einschränkungen oder Sperren.

Ein solches Prinzip ist aus China bekannt – dort nennt man es **Social-Credit-System**. In diesem System werden Bürgerinnen und Bürger auf Basis ihres Verhaltens, ihrer sozialen Interaktionen und finanziellen Aktivitäten bereits heute in Echtzeit bewertet. Wer sich regierungskonform verhält, erhält Vorteile wie einfacheren Zugang zu Krediten oder Reisen; wer gegen soziale oder politische Normen verstößt, wird mit Nachteilen belegt – von der eingeschränkten Mobili-

tät bis hin zur öffentlichen Bloßstellung. Der digitale Euro (CBDC) droht, ähnliche Kontrollmechanismen in einem europäischen Gewand zu etablieren.



Tokenisierung sensibler Daten

Ein weiteres Modul befasst sich mit der sogenannten „Tokenisierung“. Dabei werden persönliche und transaktionsbezogene Daten durch verschlüsselte Platzhalter ersetzt. Auf den ersten Blick wirkt das wie ein Datenschutz-Feature – doch tatsächlich handelt es sich um ein System, das die zentrale Verknüpfbarkeit der Daten bei Bedarf jederzeit wiederherstellen kann.

Die Ent-Tokenisierung ist autorisierten Stellen möglich – darunter die EZB selbst, nationale Behörden oder technische Gatekeeper. Damit besteht nicht etwa mehr Schutz, sondern ein zusätzlicher technischer Schlüssel zu Ihrer Identität.

Die Folgen liegen auf der Hand: Auch wenn die Daten zwischengespeichert anonym erscheinen, bleibt die vollständige Rekonstruktion jederzeit möglich – für Rückverfolgung, Profilbildung oder Sanktionierung. In Kombination mit KI-gestützter Verhaltensanalyse entsteht so ein System, das nicht dem Schutz, sondern der präzisen Überwachung dient – datenbasiert, um-

fassend und rückwirkend rekonstruierbar. Tokenisierung ersetzt damit nicht die Kontrolle, sondern perfektioniert sie.

Alias-Lookup-Systeme

Die EZB möchte Zahlungen künftig auch über sogenannte Aliase ermöglichen, also Telefonnummern, E-Mail-Adressen oder Sozialversicherungsnummern. Die entsprechende Ausschreibung sieht ein zentrales Lookup-System vor, das diese Aliase in eindeutige Wallet-IDs übersetzt. Der Vorteil für Nutzer: Bequemlichkeit. Der Preis: vollständige Personalisierung, denn jeder Zahlungsempfänger ist eindeutig identifizierbar, jeder Alias zentral gespeichert und verwaltbar. Technisch bedeutet das: Die Zuordnung zwischen Alias und digitaler Brieftasche (Wallet) erfolgt nicht lokal oder dezentral, sondern über ein zentrales Verzeichnis, das in Echtzeit abfragt, wem eine Wallet gehört. Damit wird jede Zahlung – auch unter scheinbar harmlosen Kontakten – mit einer eindeutigen Identität verknüpft.

Das System erinnert stark an Plattformmechanismen wie bei WhatsApp oder PayPal – nur dass es diesmal nicht ein Unternehmen ist, sondern eine europäische Zentralinstitution.

Anders als bei privaten Anbietern besteht hier kein Marktmechanismus, es gibt keine Ausweichmöglichkeit: Das Alias-System ist für alle verpflichtend, sobald der digitale Euro (CBDC) eingeführt wird. Damit entsteht ein neuer Datenknotenpunkt, der Kommunikationsdaten (wie Telefonnummern) mit Zahlungsströmen verknüpft und damit auch für Überwachung, Kontrolle oder Ausschlüsse nutzbar wird.

Routing- und Austauschdienste

Damit Zahlungen zwischen verschiedenen Banken, Apps, Wallets und Geräten flüssig funktionieren, braucht es eine zentrale Routing-Instanz. Die EZB will dieses Modul selbst steuern. Es geht um die Organisation, Steuerung und Überwachung von Zahlungsflüssen inklusive Sicherheitsprotokollen und Transaktionsabgleichen.

Auch hier wird klar: Keine Zahlung verlässt das System, ohne durch zentrale Knotenpunkte geflossen zu sein. Jede Transaktion kann gestoppt, umgeleitet, analysiert oder im Zweifel abgelehnt werden.



Fazit zu Kapitel 2

Die Ausschreibungen der EZB offenbaren ein durchgeplantes Kontrollsystem – modular, umfassend, tech-

nisch brillant, aber gefährlich. Was als moderne Zahlungsinfrastruktur verkauft wird, ist in Wahrheit ein Instrument zur Standardisierung und Überwachung des gesamten digitalen Zahlungsverkehrs.

Der digitale Euro (CBDC) ist nicht einfach ein neues Zahlungsmittel – er ist ein neues System. Und dieses System ist kein Werkzeug *für* die Bürger, sondern ein Werkzeug *über* die Bürger. Wer diese Ausschreibungen liest, erkennt: Die Zukunft des Bezahlens wird zentral programmiert – von wenigen, für alle.

Kapitel 3:

Warum die EZB all das tut

Geopolitische, wirtschaftliche und machtpolitische Beweggründe

Um die Pläne der Europäischen Zentralbank zum digitalen Euro (CBDC) wirklich zu verstehen, muss man sich fragen: Warum investiert eine sonst eher zurückhaltende, technokratisch agierende Institution plötzlich Milliardenbeträge in ein System, das tief in das Leben der Bürger eingreift? Welche strategischen, politischen und wirtschaftlichen Überlegungen stehen hinter dieser Neugestaltung des Geldsystems? Ist es überhaupt nötig, ein neues Währungssystem einzuführen?

Die offizielle Begründung lautet: Die EZB möchte sicherstellen, dass der Euro auch im digitalen Zeitalter relevant bleibt. Sie will vermeiden, dass Europa in Zahlungsfragen von außereuropäischen Tech-Konzer-

nen oder fremden Währungen abhängig wird. Doch diese Erklärung greift zu kurz. In Wahrheit verfolgt die EZB mit dem digitalen Euro (CBDC) ein Bündel an Interessen, das weit über bloße technische Modernisierung hinausgeht.

Geopolitische Machtfragen

In einer Welt, in der Zahlungsverkehr zunehmend über Apple, Google, Alipay und WeChat Pay läuft, sieht sich die EZB gezwungen, ein eigenes, souveränes System zu schaffen. Die Abhängigkeit Europas von außereuropäischen Infrastrukturbetreibern wird nicht nur als wirtschaftliches Risiko, sondern auch als sicherheitspolitisches Problem wahrgenommen.

Der digitale Euro (CBDC) soll Europas Antwort auf den digitalen Yuan Chinas und auf die Dominanz des US-Dollars im internationalen Finanzsystem sein. Es geht nach Angaben der EZB darum, eine Gegenmacht zu schaffen – durch eine eigene Zahlungsplattform, durch vollständige Datenhoheit und durch die Un-

abhängigkeit von Tech-Giganten. Der digitale Euro (CBDC) ist damit auch ein geopolitisches Projekt, das Europas digitale Souveränität demonstrieren soll.

Gleichzeitig ist der digitale Euro (CBDC) Teil eines weltweiten Trends: Zahlreiche Zentralbanken – darunter jene in China, Russland, Indien, Brasilien und den USA – entwickeln eigene digitale Währungen. In vielen Fällen geht es dabei nicht nur um Effizienz, sondern auch um Kontrolle, Transparenz und geopolitische Positionierung. Der digitale Euro (CBDC) steht also nicht allein, sondern ist Teil eines globalen Systemumbaus.



Siehe CBDC Tracker:

[Central Bank Digital Currency \(CBDC\) Tracker](#)

Reaktion auf Kryptowährungen und Stablecoins

Ein weiterer Treiber ist die Konkurrenz durch privatwirtschaftliche Kryptowährungen. Bitcoin, Ethereum

und Stablecoins wie Tether oder USD Coin stellen zentrale Aspekte des klassischen Bankensystems infrage: Sie ermöglichen es Nutzern, außerhalb staatlicher Währungen und Banken Geld zu speichern, zu übertragen oder in alternative Wertsysteme zu investieren.

Für die EZB bedeutet diese Entwicklung einen doppelten Kontrollverlust. Einerseits wandern Zahlungsströme aus dem offiziellen Finanzsystem ab. Andererseits entstehen neue Infrastrukturen, die sich dem unmittelbaren regulatorischen Zugriff entziehen – zumindest teilweise.

Zwar haben auch Bitcoin & Co. längst Einzug in Regulierungsdebatten gehalten: KYC-Regeln (Know Your Customer, deutsch: „Kenne deinen Kunden“), Steuerpflichten, Börsenregulierung und technische Hürden erschweren die vollkommene Anonymität oder Systemfreiheit zunehmend. Zudem ist das Verständnis für Risiken – von Wertschwankungen über Cyberangriffe bis zu Fake-Plattformen – oft unzureichend ausgeprägt. Nicht alles, was dezentral aussieht, ist auch wirklich dezentral organisiert oder sicher.

Dennoch bleibt die Symbolik stark. Viele Nutzer empfinden Kryptowährungen als digitale Selbstermächtigung – im Kontrast zu Zentralbankwährungen, die intransparent, politisch gesteuert und immer abhängiger vom globalen Finanzapparat wirken.

Der digitale Euro (CBDC) soll daher als „staatliche Antwort“ auf diese Entwicklungen positioniert werden. Ein digitales Zahlungsmittel mit Zentralbank-Garantie – reguliert, europäisch, kontrollierbar. Die Botschaft lautet: *Der digitale Euro (CBDC) ist wie Bitcoin – nur besser, legal und sicher.* Dass er aber gerade kein freiheitliches System ist, sondern auf Kontrolle und Steuerung ausgelegt ist, wird in der öffentlichen Darstellung gezielt verschleiert.

Kontrolle über Zahlungsströme in Krisenzeiten

Die Erfahrungen der letzten Jahre – Finanzkrise, Corona-Pandemie, Energieengpässe, Inflation – haben gezeigt, wie sehr Regierungen auf funktionierende

Zahlungsinfrastrukturen angewiesen sind. In Krisenzeiten muss der Staat in der Lage sein, schnell Hilfen auszus zahlen, Konsum anzukurbeln oder bestimmte Sektoren zu stützen.

Der digitale Euro (CBDC) ermöglicht dies auf Knopfdruck. Programmierbares Geld kann so gestaltet werden, dass es nur für bestimmte Zwecke eingesetzt werden darf – z. B. für Grundnahrungsmittel, Energie oder regionale Wirtschaft. Zahlungen könnten an Bedingungen geknüpft, begrenzt oder terminiert werden.

Was nach Effizienz und Krisenresilienz klingt, birgt in Wirklichkeit ein enormes Missbrauchspotenzial: Der Staat erhält damit nicht nur die Möglichkeit, Hilfen zu steuern, sondern auch, Verhalten zu lenken. Wer sich „falsch“ verhält oder außerhalb der vorgesehenen Bahnen wirtschaftet, kann ausgeschlossen, sanktioniert oder konditioniert werden. Im Extremfall verwandelt sich Geld von einem frei einsetzbaren Wertträger in ein digitales Steuerungsinstrument mit sozialem Gehorsam als Währung.

Überwachung und Sicherheitslogik

Im Kampf gegen Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Steuerflucht propagieren staatliche Stellen seit Jahren mehr Kontrolle über Zahlungsströme. Der digitale Euro (CBDC) ist aus Sicht von Geheimdiensten, Polizeibehörden und Finanzämtern ein Traum: Jede Zahlung ist nachvollziehbar, jede Transaktion speicherbar, jede Person identifizierbar.

Diese Sicherheitslogik ist nicht neu, aber mit dem digitalen Euro (CBDC) bekommt sie eine neue Qualität. Denn im Gegensatz zu bestehenden Systemen, die auf Drittanbieter angewiesen sind, liegt beim digitalen Euro (CBDC) die gesamte Infrastruktur in einer Hand. Die EZB – und damit auch Staaten, die darauf zugreifen wollen – hätte ein vollständiges Bild des Zahlungsverkehrs in Echtzeit.

Merkmal	Bitcoin/Krypto	Digitaler Euro (CBDC)
Herausgeber	Niemand – dezentrale Community	Europäische Zentralbank (EZB)
Technologie	Dezentral (Blockchain, Peer-to-Peer)	Zentralisiert, staatlich kontrolliert
Anonymität	Teilweise möglich, abhängig von Nutzung	Eingeschränkt bis nicht vorhanden
Zugang	Frei über Wallets, keine Bank nötig	Nur über autorisierte Anbieter, Registrierung erforderlich
Regulierung	Zunehmend reguliert (KYC, Steuerpflicht)	Vollständig unter staatlicher Kontrolle
Zielsetzung	Freiheit, Unabhängigkeit, Inflationsschutz	Kontrolle, Stabilität, Systembindung
Vertrauen	In Code, Community und mathematische Knappheit	In staatliche Institutionen und politische Steuerung
Risiken	Hohe Volatilität, Betrugsgefahr	Systemmissbrauch, Überwachung, Sperrmöglichkeiten

Fazit: Der Bitcoin steht für Dezentralität mit Risiken – der digitale Euro (CBDC) für Kontrolle mit Versprechen. Was fehlt, ist die echte Wahlfreiheit.

Der technokratische Impuls

Schließlich ist der digitale Euro (CBDC) Ausdruck eines technokratischen Denkens, das in vielen europäischen Institutionen vorherrscht. Probleme sollen nicht mehr politisch ausgehandelt, sondern technisch gelöst werden. Vertrauen wird ersetzt durch Kontrolle, Vielfalt durch Standardisierung.

In diesem Weltbild erscheint der digitale Euro (CBDC) als logische Konsequenz. Er passt in eine Vision der totalen Steuerbarkeit – effizient, datenbasiert, zentralisiert. Der Mensch wird dabei nicht als souveränes Subjekt gesehen, sondern als rational steuerbare Variable im ökonomischen Kreislauf.

Fazit zu Kapitel 3

Die EZB verfolgt mit dem digitalen Euro (CBDC) nicht bloß ein digitales Infrastrukturprojekt, sondern einen umfassenden Umbau der monetären Ordnung Europas. Hinter der Fassade von Innovation und Mo-

dernität verbirgt sich ein Machtausbau – über Zahlungen, über Daten, über Verhalten. Wer diesen Prozess stoppen will, muss seine Hintergründe verstehen und die wahren Motive erkennen.

Teil II:

DIE FOLGEN FÜR BÜRGER, FREIHEIT UND DEMOKRATIE

Überwachung durch die Hintertür

Wie jede Zahlung zur Datenspur wird

Mit dem digitalen Euro (CBDC) wird ein System eingeführt, das nicht nur Geld digitalisiert, sondern potenziell jeden Zahlungsakt zu einem überwachten und analysierten Datenelement macht. Der Unterschied zu bisherigen Zahlungssystemen liegt in der Tiefe und Zentralisierung der Überwachung: Während bisherige Systeme auf mehrere Anbieter verteilt und nur teilweise einsehbar sind, entsteht durch den digitalen Euro (CBDC) ein geschlossenes, zentral verwaltetes Überwachungsökosystem.

In diesem Kapitel untersuchen wir, wie durch das Design des digitalen Euro (CBDC) ein Überwachungsstaat in der Geldsphäre entstehen könnte – nicht als

deklarierte Absicht, sondern als unausweichliche technische Konsequenz.

Von der Zahlung zur Datenquelle

Jede Transaktion ist mehr als ein Geldfluss – sie ist ein Informationsereignis. Wer, wann, wo, wie viel, wofür – diese Daten bilden ein präzises Bewegungs-, Konsum- und Beziehungsprofil. Beim digitalen Euro (CBDC) werden diese Daten nicht dezentral verarbeitet, sondern zentral gespeichert und durch eigene Systeme analysiert.

Die EZB erhält damit Zugang zu einem bisher ungekannten Datenschatz: Einkaufsgewohnheiten, regionale Aktivitäten, Mobilitätsmuster, soziales Verhalten. Durch Querverbindungen mit anderen digitalen Infrastrukturen – wie eID, Gesundheitsakten, Mobilitätsdaten – entsteht ein umfassendes Bild jedes einzelnen Bürgers. Der „gläserne Bürger“ ist geboren.



Die Illusion der Anonymität

Oft wird behauptet, der digitale Euro (CBDC) werde anonym oder zumindest „pseudonymisiert“ nutzbar sein. Tatsächlich sehen die technischen Spezifikationen der Ausschreibungen aber etwas anderes vor: Jede Wallet ist eindeutig einer Person zugeordnet, jede Transaktion ist eindeutig rückverfolgbar – wenn nicht sofort, dann spätestens bei Missbrauchsverdacht oder technischer Auswertung.

Sogar die sogenannte Offline-Funktion basiert auf vorregistrierten Geräten, die später synchronisiert werden. Damit wird „Anonymität“ zur rhetorischen Beruhigungspille – aber nicht zur realen Option.

DIE ILLUSION DER ANONYMITÄT



Anonym? Nur solange
du offline bleibst.
Und selbst dann nicht.

KI und Verhaltensklassifikation

Ein zentrales Element der Überwachung ist die Integration von künstlicher Intelligenz zur Mustererkennung. Das Fraud-Management-System analysiert jede Zahlung in Echtzeit, erkennt „auffälliges Verhalten“ und leitet Maßnahmen ein – von Warnungen bis zu temporären Sperren. Was als Sicherheit verkauft wird, ist in Wahrheit ein umfassendes System der Verhaltensklassifikation. Es entsteht ein monetäres „Social Scoring“ (Sozialbewertungssystem) – auch wenn es nicht so genannt wird. Wer oft nachts bezahlt, wer im Ausland konsumiert, wer ungewöhnlich viele Kleinstbeträge überträgt, kann auffällig werden – mit unklaren Folgen.

Doch diese Folgen sind technisch leicht umsetzbar und reichen von verzögerten oder blockierten Transaktionen bei „anormalen Verhaltensmustern“ über automatisch reduzierte Ausgabenlimits – etwa bei Reisen in bestimmte Länder oder bei bestimmten Händlerkategorien – bis hin zu systeminternen Warnmarkierungen (sogenannten Flags), die dazu führen können, dass andere Anbieter dem Nutzer misstrauen oder be-

stimmte Leistungen verweigern. Bei „wiederholtem Risikoverhalten“ könnten sogar Teile der Wallet eingefroren oder nur noch eingeschränkt nutzbar gemacht werden – beispielsweise für Basisbedürfnisse wie Lebensmittel oder Miete.

Die Entscheidung darüber trifft kein Mensch, sondern ein algorithmisches System. Und die Kriterien, auf deren Grundlage solche Eingriffe erfolgen, bleiben oft intransparent. So entsteht ein stilles, technokratisches Instrument zur Lenkung des Einzelnen – durch die unsichtbare Bewertung seines Zahlungsverhaltens.

Vorauselender Gehorsam durch Selbstzensur

Die bloße Möglichkeit, überwacht zu werden, verändert das Verhalten. Wer weiß, dass jede Zahlung registriert, gespeichert und analysiert wird, überlegt zweimal, was, wann, wo und von wem gekauft wird. Diese Form der Selbstzensur ist die effektivste Form

der Kontrolle: Sie wirkt ohne Befehl, ohne Zwang – rein durch die Struktur des Systems.

Insbesondere politisch aktive Menschen, Journalisten, Dissidenten oder sensible Berufsgruppen geraten dadurch unter Druck. Auch völlig legale Zahlungen – z. B. an Organisationen, Bewegungen oder alternative Medien – können stigmatisierend wirken, wenn sie Teil eines permanent beobachteten Zahlungsprofils sind.



Schnittstellen zu Polizei, Geheimdiensten und Steuerbehörden

In den technischen Papieren der EZB ist vorgesehen, dass autorisierte staatliche Stellen Zugriff auf bestimmte Daten erhalten können, etwa bei Verdacht auf Straftaten. Doch was als Ausnahme vorgesehen ist, kann schnell zur Regel werden. Bereits heute fordern Sicherheitsbehörden weitergehende Zugriffsmöglichkeiten, etwa im Kampf gegen „Hassrede“, „Desinformation“ oder „Extremismus“. Begriffe, die nicht eindeutig definiert sind und daher willkürlich ausgelegt, politisch instrumentalisiert und situationsabhängig eingesetzt werden können. Was heute als Sicherheit verkauft wird, kann morgen als Machtinstrument gegen missliebige Meinungen missbraucht werden.

Durch die direkte Verbindung von Zahlungsprofilen mit digitalen Identitäten könnte der digitale Euro (CBDC) zu einem der mächtigsten Werkzeuge staatlicher Repression werden – und zwar ohne dass formelle Strafverfahren notwendig sind. Ein Warnflag im Sys-

tem genügt, um Verdacht zu erzeugen – die Unschuldsvermutung wird durch statistische Auffälligkeit ersetzt.



Die Infrastruktur des Totalen

Besonders gefährlich ist, dass es für die Überwachung im digitalen Euro (CBDC) keine technische Schranke gibt. Jede Einschränkung wäre rein politisch – und damit veränderbar. Was heute als „nicht geplant“ gilt, kann morgen eingeführt werden: per Notverordnung, Gesetzesnovelle oder supranationaler Direktive.

Technisch ist alles vorbereitet: lückenlose Protokollierung, Echtzeitanalyse, zentrale Zugriffskontrolle, Gerätebindung, Verhaltensklassifikation. Der digitale Euro (CBDC) ist damit nicht nur ein Zahlungsinstrument – er ist ein Überwachungsinstrument im Wartestand.

Fazit zu Kapitel 4

Der digitale Euro (CBDC) schafft eine Infrastruktur, die strukturell auf Überwachung ausgelegt ist. Auch wenn einzelne Funktionen heute noch nicht aktiviert sind, ist das System so konzipiert, dass jede künftige Regierung sie mit minimalem Aufwand nutzen kann.

Was technisch möglich ist, wird politisch wahrscheinlich. Deshalb gilt: Der beste Schutz vor Missbrauch ist, ein solches System gar nicht erst entstehen zu lassen.



Kapitel 5:

Das Ende der Anonymität

Warum die Abschaffung des Bargelds zur digitalen Entblößung führt

Einer der gravierendsten Unterschiede zwischen dem bisherigen Bargeldsystem und dem geplanten digitalen Euro (CBDC) liegt im Grad der Anonymität. Bargeld ermöglicht es den Menschen, Güter und Dienstleistungen zu erwerben, ohne eine digitale Spur zu hinterlassen. Diese Möglichkeit, Zahlungen anonym zu tätigen, ist nicht nur ein praktischer Vorteil – sie ist ein Ausdruck persönlicher Freiheit und Schutz vor ungewollter Beobachtung.

Der digitale Euro (CBDC) hingegen, so wie er derzeit konzipiert ist, beendet diese Anonymität nahezu vollständig. Auch wenn die Europäische Zentralbank

beteuert, einen „datensparsamen“ Ansatz zu verfolgen, lässt sich bei genauer Betrachtung der technischen Ausschreibungen feststellen: Das System wird nicht anonym sein – und soll es auch gar nicht sein.

Warum Anonymität im Zahlungsverkehr wichtig ist

Anonymität ist kein Schutz für Kriminelle – sie ist Schutz für alle. Sie bewahrt vor Missbrauch, Diskriminierung, sozialer Kontrolle und politischer Verfolgung. Wer anonym bezahlt, offenbart keine privaten Vorlieben, keine religiösen oder politischen Überzeugungen, keine sozialen Beziehungen.

ANONYMITÄT SCHÜTZT NICHT DIE KRIMINELLEN. SIE SCHÜTZT DICH.

Veganer

Konservativ

Konservativ



Spendet an XY

In autoritären Regimen war es stets das Ziel, anonymes Verhalten zu unterbinden – weil es sich der Kontrolle entzieht. In liberalen Demokratien hingegen gilt Anonymität im Zahlungsverkehr als Schutz der Freiheit. Wenn jede Zahlung transparent wird, wird auch das Leben transparent – für Banken, Staaten, Konzerne und Hacker gleichermaßen.

Die technische Realität des digitalen Euro

Die Ausschreibungsunterlagen zum digitalen Euro (CBDC) zeigen klar: Jede Wallet wird mit einer eindeutigen Nutzer-ID verknüpft. Selbst bei sogenannten Offline-Zahlungen ist eine vorherige Registrierung erforderlich. Die Transaktionen werden lokal gespeichert und bei der nächsten Online-Verbindung synchronisiert. Es gibt kein echtes „Cash-like“-Verhalten – nur simulierte Anonymität mit zeitverzögerter Datenspeicherung.

Auch die geplanten „Alias-Systeme“, bei denen Zahlungen über E-Mail-Adressen, Telefonnummern oder

Sozialversicherungsnummern durchgeführt werden können, tragen zur Entpersonalisierung nichts bei – im Gegenteil: Sie verstärken die Zuordnung von Zahlung zu Identität.



Das Argument der Sicherheitsbehörden

Regierungen und Strafverfolgungsbehörden argumentieren, dass Anonymität Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Terrorismusfinanzierung begünstige. Der digitale Euro (CBDC) solle daher möglichst transparent sein, um illegale Aktivitäten frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

Doch dieser Sicherheitsansatz verkennt die Verhältnismäßigkeit. Für einen potenziellen Nutzen bei der Verfolgung krimineller Handlungen wird ein System geschaffen, das die Privatsphäre aller Menschen gefährdet. Der Generalverdacht wird zur Systemarchitektur. Statt gezielter Ermittlungen entsteht ein Klima pauschaler Überwachung. Bei diesen Überlegungen wird ein Aspekt ignoriert, der so alt ist wie das Strafrecht selbst: Kriminelle finden immer Wege. Sie umgehen Kontrollen, nutzen Schattenmärkte, alternative Systeme oder schlicht Bestechung. Gerade die digitale Totalüberwachung trifft also vor allem den Normalbürger – nicht den Profi.

Mehr noch: Die EZB selbst plant zwei verschiedene Wallet-Typen, davon eine „Low Value“-Variante mit höherer Anonymität. Wären anonyme Transaktionen wirklich ein Sicherheitsrisiko, dürfte es diese zweite Klasse gar nicht geben.

Die Argumentation widerspricht sich selbst und entlarvt sich damit als Vorwand: Während Kriminelle immer Wege finden, verlieren die Bürger ihre Freiheit.



Gesellschaftliche und politische Risiken

Ein Verlust der Anonymität betrifft nicht nur die individuelle Privatsphäre – er verändert die gesamte Gesellschaft. Menschen passen ihr Verhalten an, meiden bestimmte Käufe, Organisationen oder Orte. Sie beginnen, sich selbst zu zensieren – aus Angst, „auffällig“ zu werden. Diese Dynamik ist Gift für eine lebendige Demokratie.

Journalisten, Aktivisten, Whistleblower, religiöse oder ethnische Minderheiten – sie alle sind auf geschützte Räume angewiesen. Wenn selbst kleine Spenden, Mitgliedsbeiträge oder Buchkäufe rückverfolgbar werden, entsteht ein Klima der Kontrolle. Wer sich beobachtet fühlt, ist nicht mehr frei.

Die wirtschaftliche Dimension

Auch ökonomisch ist Anonymität relevant. Bargeld ermöglicht spontane, informelle, kleinteilige Wirtschaftsaktivitäten – vom Flohmarkt über Trinkgeld bis

hin zu Nachbarschaftshilfe. Diese Mikrotransaktionen sind ein elementarer Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wenn alle Zahlungen digital und registriert erfolgen müssen, verschwinden viele dieser Gelegenheiten. Das schadet vor allem kleinen Unternehmen, Selbstständigen und prekären Existenzen. Zugleich entstehen neue Abhängigkeiten – von Infrastruktur, Netzverbindung, Apps und zentralen Freigaben.

**OHNE BARGELD
VERSCHWINDEN DIE
KLEINEN BEGEGNUNGEN.
UND DAS ECHTE
LEBEN GLEICH MIT.**



Datenschutzrechtliche Fragestellungen

Der digitale Euro (CBDC) berührt elementare Fragen des Datenschutzes. Zwar verweist die EZB auf die Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), doch es ist fraglich, ob ein System, das jede Transaktion speichert, analysiert und verknüpft, tatsächlich datenschutzkonform sein kann.

Zudem bleibt unklar, wie mit staatlichem Auskunftsersuchen, Hackerangriffen oder kommerzieller Nutzung der Daten umgegangen wird. Wer kontrolliert die Kontrolleure? Wer schützt den Bürger, wenn die Infrastruktur selbst zur Gefahr wird?

Dient Datenschutz heute nicht längst nur noch als Beruhigungsspiel? Seit den Enthüllungen von Edward Snowden wissen wir, dass wir alle – dauerhaft und systematisch – unter Beobachtung stehen. Die Versprechen von Datenminimierung und informationeller Selbstbestimmung klingen gut – doch sie gelten nur auf dem Papier.



**Datenschutz ist zur
Illusion geworden.
Der digitale Euro
macht ihn zur Farce.**

— inspiriert von den Enthüllungen Edward Snowdens

Fazit zu Kapitel 5

Die Einführung des digitalen Euro (CBDC) bedeutet das Ende der finanziellen Anonymität. Was als Schutz vor Kriminalität verkauft wird, ist in Wahrheit ein Angriff auf die Freiheit aller. Anonymität ist kein Luxus – sie ist Grundvoraussetzung für eine offene Gesellschaft.

Wer jederzeit überwacht wird, handelt nicht mehr frei.
Doch genau das garantiert unser Grundgesetz (GG):

- Artikel 1 GG: *„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“*
- Artikel 2 GG: *„Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit.“*
- Artikel 10 GG: *„Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis ist unverletzlich.“*

**Wenn wir die Anonymität im Zahlungsverkehr verlieren, verlieren wir mehr als ein Zahlungsmittel.
Wir verlieren einen Teil unserer Würde.**

Kapitel 6:

Steuerung, Sanktionierung, Ausschluss

Die Gefahr programmierbaren Geldes und
der soziale Kontrollstaat



Mit dem digitalen Euro (CBDC) wird ein Werkzeug geschaffen, das weit mehr ist als nur ein Zahlungsmittel. Es ist ein programmierbares, zentral steuerbares Geldinstrument. Was bedeutet das? Es bedeutet, dass die Ausgabemöglichkeiten, Gültigkeitsdauer und Einsatzbereiche des digitalen Euro (CBDC) technisch begrenzt oder erweitert werden können – nicht durch den Nutzer, sondern durch die ausgebende Institution: die EZB.

In diesem Kapitel untersuchen wir, wie der digitale Euro (CBDC) zur gezielten Steuerung von Verhalten, zur Sanktionierung von Abweichungen und zum Ausschluss bestimmter Personen oder Gruppen aus dem Wirtschaftskreislauf genutzt werden könnte.

Programmierbarkeit – ein gefährliches Versprechen

Die EZB hat mehrfach betont, dass sie nicht plane, den digitalen Euro (CBDC) „programmierbar“ zu machen. Doch die Infrastruktur, die sie errichtet, macht

genau das möglich. Die technischen Ausschreibungen sehen Funktionen vor, die eine gezielte Einschränkung oder Freischaltung von Zahlungen ermöglichen. So könnten Zahlungen auf bestimmte Regionen, Händler, Produkte oder Zeitfenster begrenzt werden.

Solche Funktionen lassen sich positiv auslegen, etwa für staatliche Soforthilfen, die nur für Grundbedürfnisse genutzt werden dürfen. Doch sie bergen enorme Gefahren: Was passiert, wenn Zahlungen plötzlich an Bedingungen geknüpft werden? Wenn Geld nicht mehr neutral ist, sondern verhaltensabhängig? Ein Beispiel: Stellen Sie sich vor, jemand äußert sich öffentlich kritisch zu einer Regierungsmaßnahme – friedlich, sachlich, aber deutlich. Kurz darauf wird seine Wallet mit einem temporären Limit belegt: Er kann nur noch Grundbedürfnisse bezahlen – keine Reisen, kein Onlinehandel, keine Tickets. Es gibt keine offizielle Strafe, kein Verfahren, kein Urteil – lediglich eine stille, algorithmisch gesteuerte Einschränkung seiner finanziellen Handlungsfreiheit.

Ein digitales Geldsystem, das so funktioniert, ersetzt rechtsstaatliche Verfahren durch systemische Verhaltenslenkung. Es belohnt Konformität und sanktioniert Abweichung. Nicht durch Gesetz, sondern durch technische Architektur.

Belohnung und Bestrafung durch Geld

Ein programmierbares Geldsystem kann – bewusst oder unbewusst – ein soziales Steuerungsinstrument werden. Denkbar sind Szenarien, in denen „erwünschtes Verhalten“ mit Boni belohnt und „unerwünschtes Verhalten“ sanktioniert wird. Wer etwa viel mit dem Fahrrad fährt, bekommt einen Einkaufsrabatt. Wer jedoch häufig Fleisch kauft oder mit dem Auto fährt, muss mit Einschränkungen rechnen.

Diese Form der sozialen Konditionierung ist nicht mehr hypothetisch. In China existieren bereits ähnliche Ansätze im „Social Credit“-System. Auch im Westen gibt es Pilotprojekte mit CO₂-Wallets, „grünen Gutscheinen“ und ökologischen Bonusprogrammen.

Besonders brisant wird das Ganze, seit der Schutz des Klimas in Artikel 20a des Grundgesetzes festgeschrieben wurde. Dort heißt es: *„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen [...]“*

Was bedeutet das konkret? Wenn der Staat einen Verfassungsauftrag zum Klimaschutz hat, ist es dann legitim, klimafeindliches Verhalten zu sanktionieren? Darf der Kauf von Fleisch, Flugtickets oder Diesel mit CO₂-Punkten belastet werden? Und was passiert, wenn der digitale Euro (CBDC) automatisch solche Limits durchsetzt?

Ein programmierbares Geldsystem wird auf diese Weise zum perfekten Vollstreckungsinstrument politischer Ziele – ganz ohne Gesetz, still über die Zahlungsinfrastruktur.

WENN GELD ERZIEHT, ENDET FREIHEIT.



Klimafreundlich



Klimafeindlich

Sanktionierung durch Zahlungsbeschränkung

Was geschieht, wenn eine Regierung beschließt, bestimmte politische Strömungen nicht länger zu dulden? Wenn Aktivisten, regierungskritische Organisationen oder unbequeme Journalistinnen und Journalisten plötzlich keine Zahlungen mehr tätigen können? Der digitale Euro (CBDC) eröffnet im Extremfall genau diese Möglichkeit: den gezielten finanziellen Ausschluss.

Schon heute zeigen Beispiele, wohin die Reise gehen kann: Banken kündigen Konten – auch ohne strafrechtliche Grundlage – etwa bei politisch kontroversen Personen. Während des Trucker-Protests 2022 in Kanada wurde zahlreichen Unterstützern der Bewegung der Zugriff auf ihre Bankkonten entzogen – nicht wegen konkreter Straftaten, sondern allein aufgrund ihrer politischen Haltung und getätigter Spenden. Dieser Fall verdeutlicht: Zahlungsinfrastruktur kann zur Waffe werden, wenn der entsprechende politische Wille vorhanden ist.

Ein zentralisiertes, digitales Geldsystem würde solche Eingriffe nicht mehr zu Ausnahmen machen, sondern zur systemisch integrierten Option. Der Schritt von selektiven Maßnahmen zur strukturellen Repression wäre dann nur noch einen Knopfdruck entfernt. Die Schwelle zur digitalen Bestrafung wird damit gefährlich niedrig.

Bereits in der Bibel, im Buch der Offenbarung, wird von einem System gesprochen, in dem niemand mehr kaufen oder verkaufen kann, der nicht ein bestimmtes Zeichen trägt. Man muss diese Worte nicht religiös deuten – es lohnt sich, aufmerksam zu sein, wenn moderne Zahlungssysteme genau diese Art von Kontrolle technisch ermöglichen.

Ausschluss durch technische Abhängigkeit

Neben der politisch motivierten Ausgrenzung gibt es auch strukturelle Risiken: Wer kein Smartphone hat, wer keinen stabilen Internetzugang besitzt oder mit der Technik nicht zurechtkommt, wird vom digitalen

Euro (CBDC) ausgeschlossen. Die viel beschworene „finanzielle Inklusion“ wird zur „digitalen Exklusion“. Gerade ältere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Personen in ländlichen Regionen könnten betroffen sein. Auch sozioökonomisch Benachteiligte, die sich keine neuen Geräte leisten können, geraten ins Hintertreffen. Was als Gleichheit verkauft wird, schafft neue Ungleichheit.

**WER KEIN
SMARTPHONE HAT,
HAT BALD KEIN
GELD MEHR.**



Zentralbank als Erziehungsinstanz

Mit der Einführung des digitalen Euro (CBDC) verändert sich die Rolle der Europäischen Zentralbank grundlegend. Aus einer bislang neutralen geldpolitischen Instanz wird eine potenziell verhaltensregulierende Institution. Durch programmierbare Funktionen und technische Steuerungsmöglichkeiten erhält sie, direkt oder indirekt über angeschlossene Behörden, Einfluss auf das Konsumverhalten, die Mobilität, den Lebensstil und letztlich auch auf die gesellschaftliche und politische Teilhabe des Einzelnen.

Was als technisches Innovationsprojekt verkauft wird, birgt in Wahrheit die Gefahr einer schleichenden Umwandlung unseres Geldsystems in ein Instrument der Erziehung. Durch gezielte Anreize, Einschränkungen oder Zugangsbeschränkungen kann Verhalten in gewünschte Bahnen gelenkt werden – etwa durch Belohnung „klimafreundlicher“ Ausgaben oder Sanktionierung „kritischen“ Konsums. Der Bürger wird damit nicht mehr als souverän handelndes Subjekt betrach-

tet, sondern als steuerbare Variable in einem großen politisch-ökonomischen System.

Es entsteht ein paternalistisches Gefüge, in dem nicht mehr der Einzelne entscheidet, was für ihn sinnvoll, richtig oder notwendig ist, sondern in dem diese Entscheidung zunehmend technokratisch vorgegeben wird. Die individuelle Freiheit wird zur Simulation, Wahlfreiheit zur Kulisse. Der digitale Euro (CBDC) droht damit, nicht nur unser Finanzsystem zu verändern, sondern unser Selbstverständnis als freie, verantwortungsfähige Bürgerinnen und Bürger grundlegend zu erschüttern.

Technische Naivität – warum „Das geht doch gar nicht“ kein Schutz ist

Eine der häufigsten Reaktionen auf Warnungen vor dem digitalen Euro (CBDC) lautet: „Das klappt doch eh nicht – dafür ist die Technik noch viel zu unausgereift.“ Oder: „Bevor das so weit ist, bin ich längst tot.“ Diese Haltung wirkt beruhigend, ist aber gefähr-

lich naiv. Denn sie verkennt drei entscheidende Punkte: Erstens ist die technische Infrastruktur längst vorhanden. Zweitens können politische Entscheidungen Entwicklungen radikal beschleunigen. Und drittens plant die EZB sehr konkret – nicht irgendwann, sondern jetzt.

Die Technik ist da – still, effizient, bereit. Fast alle Bürger besitzen Smartphones. Digitale Ausweise, Steuer-IDs und Wallet-Systeme existieren bereits oder werden derzeit eingeführt. Onlinebanking, kontaktloses Bezahlen und Echtzeit-Überweisungen sind längst Standard. Das technische Rahmenwerk für den digitalen Euro (CBDC) ist entwickelt – inklusive programmierbarer Transaktionen, geografischer und zeitlicher Nutzungslimits sowie eines SDK für Banken. Parallel dazu wird die Infrastruktur für digitale Identitäten, Sozialdaten und CO₂-Verbrauch auf EU-Ebene harmonisiert.

Was gestern noch unmöglich schien, ist heute Alltag – z. B. mit QR-Code. Wer hätte 2019 gedacht, dass ohne digitalen Impfpass kein Zugang mehr zu Restaurants,

Theatern oder Arbeitsplätzen möglich ist? Dass man sich an Checkpoints mit App und QR-Code ausweisen muss – mitten in Europa? Oder dass in Krisenzeiten Grundrechte mit digitalen Werkzeugen eingeschränkt – und weitgehend akzeptiert – werden?

Was damals als Ausnahmesituation begann, wurde zum neuen Normalzustand. Und heute? Die Europäische Zentralbank hat angekündigt, im Oktober 2025 die Entscheidung über die Einführung des digitalen Euro (CBDC) zu treffen. Das ist kein fernes Projekt, keine theoretische Zukunftsvision. Es ist ein realer Plan – technisch vorbereitet, juristisch legitimiert und öffentlich längst als „Innovation“ verkauft.



„Ich bin zu alt dafür.“ Warum es alle betrifft!

Ein häufiger Satz, besonders von älteren Menschen, lautet: „Das kommt eh nicht mehr zu meinen Lebzeiten – das sollen mal die Jungen regeln.“ So verständlich dieser Gedanke auch ist, er verkennet die Geschwindigkeit, mit der sich politische und technologische Veränderungen heute vollziehen. Was früher eine Generation dauerte, passiert heute in wenigen Jahren. Und wer glaubt, im Ruhestand nichts mehr mit neuen Zahlungssystemen zu tun zu haben, irrt.

Renten werden längst digital überwiesen. Apotheken, Busunternehmen und Behörden setzen zunehmend auf bargeldlose Zahlungsweisen. Selbst Arztpraxen verlangen inzwischen digitale Bezahlssysteme – oft mit eingebauter Tracking-Funktion. Hinzu kommt: Viele ältere Menschen sind im Alltag auf Unterstützung angewiesen – eine Hilfe, die in Zukunft möglicherweise an digitale Bedingungen geknüpft ist.

Wer heute sagt: „Ich zahle ja sowieso nur bar“, sollte sich ernsthaft fragen, wie lange das überhaupt noch möglich ist. Denn wenn Bargeld verschwindet oder gesellschaftlich stigmatisiert wird, dann verlieren vor allem ältere Menschen den Zugang zu alltäglicher Selbstständigkeit. Es geht dabei nicht nur um Technik – es geht um Würde.

Und es geht um eine zentrale Frage: Was geben wir der nächsten Generation mit? Ein System, das sie kontrolliert und steuert? Oder eines, das Freiheit, Eigenverantwortung und Entscheidungsfreiheit auch in Zukunft ermöglicht?

Das Fazit ist klar: Wer heute noch glaubt, dass das alles technisch nicht umsetzbar sei, wird von der Realität überrollt werden. Die Frage ist längst nicht mehr, ob ein solches System kommt – sondern nur noch, wann und unter welchen Bedingungen.



**ZU ALT FÜR
FREIHEIT?**

Fazit zu Kapitel 6

Der digitale Euro (CBDC) ist nicht nur ein Werkzeug des Bezahlens, sondern ein Werkzeug des Gehorchens – sofern seine Infrastruktur entsprechend genutzt wird. Er öffnet die Tür zu einer Gesellschaft, in der Zahlungen nicht mehr Ausdruck persönlicher Freiheit, sondern Resultat politischer Vorgaben sind. Wenn wir das verhindern wollen, müssen wir jetzt über Grenzen sprechen – bevor sie zu Regeln werden.

Wer profitiert – und wer verliert?

**EZB, Big Tech und Regierungen vs. Mittelstand,
Bürger und Bargeldnutzer**

Die Einführung des digitalen Euro (CBDC) wird begleitet von einer Vielzahl an Versprechungen: mehr Effizienz, Sicherheit, finanzielle Inklusion und technologische Souveränität. Doch wie bei jeder tiefgreifenden Systemveränderung stellt sich auch hier die Frage: Wem nützt das neue System – und wer muss dafür den Preis zahlen?

Denn so neutral und sachlich die Technik erscheinen mag, so ungleich können die Folgen verteilt sein. Ein genauer Blick auf die Akteurslandschaft zeigt: Der digitale Euro (CBDC) ist kein Projekt, bei dem alle glei-

chermaßen gewinnen. Vielmehr entstehen neue Machtkonzentrationen – ökonomisch, politisch und sozial.

Die größten Gewinner: Zentralbanken und Regierungen

An erster Stelle der Profiteure steht zweifellos die EZB selbst. Mit dem digitalen Euro (CBDC) erweitert sie ihre Rolle fundamental: von der Währungshüterin zur Zahlungsinfrastrukturbehörde. Sie wird nicht nur für die Geldwertstabilität zuständig sein, sondern auch für technische Systeme, Nutzerkonten, Wallet-Infrastruktur und möglicherweise sogar für Transaktionsregeln.

Auch Regierungen werden profitieren: Durch programmierbare Auszahlungen können sie wirtschaftspolitische Maßnahmen direkter umsetzen – etwa gezielte Konsumstimuli, Krisenhilfen oder Klimaanreize. Steuervermeidung wird schwieriger, Sozialtransfers lassen sich an Bedingungen knüpfen. Der Staat wird zum Mitregisseur des ökonomischen Alltags.

**WENN DIE MACHT
BEI WENIGEN LIEGT,**
zahlen die Bürger den Preis.



Big Tech, Fintech und der neue digitale Zahlungsmarkt

Neben den staatlichen Akteuren freuen sich auch große Technologiekonzerne. Zwar wird der digitale Euro (CBDC) von der EZB verwaltet, doch die technische Umsetzung – App-Design, SDK-Integration, Schnittstellenentwicklung – liegt oft bei privaten Dienstleistern. Große Softwarehäuser, Cloud-Anbieter und App-Entwickler profitieren von Milliardenaufträgen.

Auch Banken und Fintechs sichern sich neue Einnahmequellen: durch Transaktionsgebühren, Wallet-Dienste, Nutzerverifizierung oder Zusatzfunktionen. Wer sich frühzeitig in das neue Ökosystem einbindet, kann Marktanteile sichern – auf Kosten kleinerer Anbieter und der Vielfalt im Zahlungsverkehr.

Verlierer Nummer 1 ist der Bürger als Nutzer

Die eigentlichen Verlierer dieses Systemumbaus sind die Bürger – insbesondere jene, die Wert auf Autonomie, Privatsphäre und Wahlfreiheit legen. Sie verlieren mit dem Bargeld nicht nur ein anonymes Zahlungsmittel, sondern auch ihre Unabhängigkeit.

Während sich Großkonzerne auf technologische Gewinne freuen, muss der Einzelne ein System akzeptieren, in dem jede Zahlung potenziell registriert, analysiert und bewertet wird. Die Wahlfreiheit schwindet – wer nicht mitmacht, wird strukturell benachteiligt. Die digitale Integration wird zur Voraussetzung ökonomischer Teilhabe.

Der Mittelstand und bargeldnahe Branchen

Besonders stark betroffen sind kleine Unternehmen, Selbstständige und Dienstleister, die heute noch stark mit Bargeld arbeiten, etwa in Gastronomie, Hand-

werk, lokalen Märkten oder im Dienstleistungsbereich. Für sie bedeutet der digitale Euro (CBDC) neue Gebühren, technische Umstellungen, Bürokratie und vor allem Kontrollverluste.

Zudem droht eine wachsende Abhängigkeit von Plattformen und Schnittstellenanbietern. Wer heute freiwirtschaften kann, könnte künftig an zentralisierte Systeme gebunden sein – mit allen Risiken, die daraus entstehen: technische Ausfälle, Sperrungen, Vorgaben durch externe Instanzen.



Soziale Ungleichheit durch digitale Anforderungen

Ein oft übersehener Effekt: Der digitale Euro (CBDC) verschärft soziale Ungleichheiten. Wer digital versiert, technikaffin und gut vernetzt ist, kann vom neuen System profitieren. Wer hingegen wenig Zugang zu Technik hat – etwa ältere Menschen, sozial Schwache oder Personen ohne Bankverbindung – gerät ins Hintertreffen.

Gerade in strukturschwachen Regionen, bei einkommensschwachen Gruppen oder Menschen mit Behinderung wächst das Risiko der digitalen Exklusion. Ausgerechnet jene, für die finanzielle Teilhabe besonders wichtig ist, könnten abgehängt werden.



Daten als neue Währung – aber nicht für alle

Ein zusätzlicher Profiteur ist der Datenmarkt. Zahlungsdaten sind hochsensibel und kommerziell wertvoll. Wer über sie verfügt, kann Konsumverhalten vorhersagen, Werbung optimieren oder politische Kampagnen gezielt steuern. Während Bürger ihre Daten preisgeben, entstehen neue Geschäftsmodelle – meist ohne direkte Teilhabe der Betroffenen.

Das Paradoxe: Die Wertschöpfung basiert auf unseren Daten, doch der Gewinn fließt an Unternehmen oder Institutionen, die wir nicht gewählt haben und auch nicht kontrollieren können. Es entsteht ein digitales Ungleichgewicht – mit asymmetrischen Informations- und Machtverhältnissen.

Fazit zu Kapitel 7

Der digitale Euro (CBDC) ist kein Projekt, das allen gleichermaßen dient. Er schafft neue Eliten, neue Ab-

hängigkeiten und neue Ausschlüsse. Die Frage ist nicht nur: Wie funktioniert das System? Sondern vor allem: Für wen funktioniert es? Und wer zahlt am Ende den Preis? Wenn wir den Umbau unseres Geldsystems nicht kritisch begleiten, droht ein Szenario, in dem die Freiheit weniger wird und die Abhängigkeit größer.

Teil III:

WAS WIR JETZT TUN MÜSSEN

Juristische Angriffspunkte

Grundrechte, Verhältnismäßigkeit,
Eigentumsschutz und Klagewege

Die Einführung des digitalen Euro (CBDC) ist nicht nur ein technologisches Großprojekt, sie ist auch ein rechtlicher Kraftakt. Denn das, was hier geschaffen wird, berührt zentrale Grundrechte, stellt bestehende Gesetze infrage und erzeugt neue, bislang ungeklärte Verantwortlichkeiten. Wer sich gegen die flächendeckende Einführung dieses Systems wehren will, muss auch die juristische Dimension verstehen und nutzen. In diesem Kapitel untersuchen wir, welche verfassungsrechtlichen, europarechtlichen und datenschutzrechtlichen Angriffspunkte bestehen und wie sie genutzt werden können, um den digitalen Euro (CBDC) zu begrenzen oder gar zu stoppen.



**DER DIGITALE EURO
IST KEIN GESETZ.
ABER DAS
GRUNDGESETZ
IST EINS.**

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung

Bereits 1983 formulierte das Bundesverfassungsgericht im berühmten Volkszählungsurteil das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“. Es schützt den Einzelnen davor, dass staatliche Stellen unbegrenzt Daten über ihn sammeln, speichern und auswerten. Der digitale Euro (CBDC) , so wie er derzeit geplant ist, stellt dieses Grundrecht in seinem Kern infrage.

Da jede Transaktion potenziell gespeichert, analysiert und verknüpft wird, entsteht ein umfassendes Zahlungsprofil. Die Tatsache, dass diese Daten durch eine zentrale Instanz (die EZB) verwaltet und technisch jederzeit de-anonymisiert werden können, birgt ein enormes Missbrauchspotenzial. Hier muss geprüft werden, ob das digitale Euro (CBDC) -System mit der verfassungsrechtlichen Schutzpflicht des Staates vereinbar ist.



BEWEGUNGS-
PROFIL: aktiv
ANALYSE: läuft

**INFORMATIONELE
SELBSTBESTIMMUNG
STATT
FREMDÜBERWACHUNG.**

Eigentumsgarantie und Verfügbarkeit

Artikel 14 des Grundgesetzes schützt das Eigentum. Dazu gehört auch das Recht, über sein Eigentum frei verfügen zu können. Beim digitalen Euro (CBDC) könnten bestimmte Funktionen – etwa zeitlich begrenzte Gültigkeit, Zweckbindung oder programmierte Sperrungen – dieses Recht faktisch aushebeln.

Wenn Nutzer nicht mehr selbst entscheiden dürfen, wie, wann und wofür sie ihr Geld ausgeben, sondern sich technischen Vorgaben beugen müssen, liegt ein massiver Eingriff in das Eigentumsrecht vor. Gerade weil der digitale Euro (CBDC) staatlich kontrolliert ist, besteht hier besondere juristische Prüfpflicht.



Gleichheitsgrundsatz und Nichtdiskriminierung

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist Artikel 3 des Grundgesetzes: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Wenn jedoch bestimmte Gruppen – etwa Menschen ohne Zugang zu Technik, Ältere, Behinderte oder digital unerfahrene Bürger – faktisch vom digitalen Euro (CBDC) ausgeschlossen oder benachteiligt werden, stellt dies eine mittelbare Diskriminierung dar.

Auch die Möglichkeit politisch motivierter Sperrungen oder Einschränkungen bestimmter Nutzergruppen könnte juristisch angreifbar sein, insbesondere im Hinblick auf das Demokratieprinzip und die Meinungsfreiheit (Art. 5 GG).

Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Auf europäischer Ebene stellt die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den zentralen rechtlichen Rahmen zum Schutz personenbezogener Daten dar. Sie

verpflichtet Verantwortliche zur Datenminimierung, Zweckbindung und Transparenz und gewährt Betroffenen weitreichende Rechte, etwa auf Auskunft, Löschung und Widerspruch. Im Zusammenhang mit dem digitalen Euro (CBDC) gerät dieses Regelwerk allerdings zunehmend unter Druck.

Die geplante umfassende Datenverarbeitung – insbesondere im Rahmen von Echtzeitanalysen, Transaktionsverfolgung und möglicher Verhaltensklassifikation – wirft grundlegende Fragen auf: Ist die Speicherung und Auswertung dieser Daten wirklich verhältnismäßig? Erfolgt die Erhebung tatsächlich nur zu klar definierten, eng umrissenen Zwecken? Und vor allem: Haben Nutzerinnen und Nutzer die Möglichkeit, ihre Rechte effektiv wahrzunehmen, etwa durch Transparenz, Kontrolle oder Löschung ihrer Daten?

Bisher bleiben viele dieser Fragen unbeantwortet. Weder die Ausschreibungsunterlagen der EZB noch die politischen Debatten liefern ausreichende Klarheit darüber, wie Datenschutz beim digitalen Euro (CBDC) konkret umgesetzt werden soll. Damit steht nicht

nur der technische Rahmen infrage, sondern auch die Rechtsstaatlichkeit der gesamten Infrastruktur.

Die Datenschutzbehörden in Europa sind gefordert, sich frühzeitig und entschieden einzuschalten. Gleichzeitig gilt: Bürgerinnen und Bürger haben nicht nur das Recht, sondern auch die Möglichkeit, bei mutmaßlichen Verstößen Beschwerde einzulegen oder notfalls Klage zu erheben. Denn die DSGVO ist nicht lediglich ein juristisches Regelwerk, sondern ein Schutzschild für die informationelle Selbstbestimmung in einer zunehmend datengetriebenen Gesellschaft.

Verhältnismäßigkeit und demokratische Legitimation

Ein zentrales Prinzip des Rechtsstaats ist die Verhältnismäßigkeit: Jeder Eingriff in Grundrechte muss einem legitimen Zweck dienen, geeignet, erforderlich und angemessen sein. Es ist äußerst fraglich, ob die flächendeckende Einführung eines digitalen Zentralbankgeldes mit Totalüberwachung tatsächlich „erfor-

derlich“ ist – vor allem, wenn es alternative, weniger invasive Lösungen gibt.

Zudem fehlt es bislang an echter demokratischer Legitimation. Die EZB ist keine gewählte Institution, sondern ein technokratisches Organ. Zwar wird auf EU-Ebene an einem gesetzlichen Rahmen gearbeitet, doch bislang gibt es weder ein Referendum noch eine breite parlamentarische Debatte in den Mitgliedstaaten. Hier könnten verfassungsrechtliche Klagen ansetzen – wegen Demokratiedefizits und fehlender Subsidiarität.

Wollen Sie den
Digitalen Euro?

☐ JA

☐ NEIN

Diese Abstimmung
fand nie statt.

**TECHNOKRATIE
BEGINNT DA, WO DAS
VOLK NICHT MEHR
GEFRAGT WIRD.**

8.6 Klagewege und Handlungsmöglichkeiten

Bürgerinnen und Bürger sind dem digitalen Euro (CBDC) nicht schutzlos ausgeliefert. Im Gegenteil: Der demokratische Rechtsstaat bietet eine Vielzahl an juristischen und politischen Instrumenten, um sich gegen Grundrechtseingriffe und übergriffige Regulierung zu wehren – sofern diese Möglichkeiten konsequent genutzt werden.

Auf juristischer Ebene besteht unter anderem die Möglichkeit einer Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht, etwa im Falle einer faktischen Einführungspflicht oder bei einer schleichenden Einschränkung des Bargelds. Auch eine Beschwerde bei nationalen Datenschutzbehörden nach Artikel 77 DSGVO ist zulässig, wenn die Verarbeitung persönlicher Daten nicht den geltenden Vorschriften entspricht. Zudem kann eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Betracht gezogen werden, wenn zentrale Grundrechte wie Privatsphäre, Eigentum oder Meinungsfreiheit

verletzt werden. Abgeordnete oder Landtage können im Rahmen von Organstreitverfahren aktiv werden, und auch Eilanträge auf einstweilige Anordnung sind möglich, wenn der Vollzug kritischer Maßnahmen unmittelbar bevorsteht.

Darüber hinaus können auch politische Parteien, Verbände und zivilgesellschaftliche Organisationen als Kläger auftreten, insbesondere wenn es um den Schutz der Meinungsfreiheit, der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit oder des informationellen Selbstbestimmungsrechts geht. Hier kommt der demokratischen Zivilgesellschaft eine besondere Bedeutung zu.

Neben rechtlichen Mitteln gibt es auch den direktdemokratischen Weg – durch Abstimmungen, Bürgerinitiativen und öffentliche Kampagnen. Plattformen wie z. B. www.diedemokratieapp.de von den Freunden der Demokratie bieten konkrete Möglichkeiten, sich zu beteiligen: durch digitale Abstimmungen, Stellungnahmen oder koordinierte Aktionen auf kommunaler, landesweiter oder europäischer Ebene. Die direkte Demokratie ist kein Relikt vergangener Zeiten – sie ist

ein lebendiges Werkzeug, das in digitalen Zeiten neue Reichweite entfalten kann.

Der Rechtsstaat bietet Schutz, aber nur wenn Bürgerinnen und Bürger ihn aktiv einfordern. Demokratie ist kein Zuschauersport. Sie lebt davon, dass Menschen sich einmischen. Und genau jetzt ist die Zeit, das zu tun.

Fazit zu Kapitel 8

Der digitale Euro (CBDC) ist kein juristischer Freiraum – im Gegenteil: Er berührt einige der sensibelsten Grundrechte unserer Verfassung. Doch wer sich dagegen wehren will, ist nicht machtlos. Die Werkzeuge des Rechtsstaats stehen bereit – von der Datenschutz-Grundverordnung bis hin zu Verfassungsbeschwerden.

Denn eines ist klar: Der digitale Euro (CBDC) ist kein Naturgesetz. Er ist ein politisches Projekt und als solches auf Zustimmung angewiesen. Er braucht Struk-

turen, Prozesse und Menschen, die ihn umsetzen, aber eben auch Menschen, die ihn hinterfragen.

Genau darin liegt die Chance: Wenn genügend Bürgerinnen und Bürger hinschauen, kritisch nachfragen und ihre Rechte einfordern, dann kann sich das Blatt wenden. Dann wird aus der Kontrolle durch Eliten die demokratische Kontrolle durch das Volk.

Demokratische Verteidigungslinien

Parlamente, Petitionen, Öffentlichkeit und
zivilgesellschaftlicher Druck

Der digitale Euro (CBDC) betrifft uns alle: als Nutzer, als Bürger, als Teil einer freiheitlichen Gesellschaft. Seine Einführung darf nicht als technokratische Selbstverständlichkeit behandelt werden, sondern muss Gegenstand demokratischer Debatten, Entscheidungen und möglicher Korrekturen sein. Doch wie können Bürgerinnen und Bürger, Parlamente, Organisationen und die Zivilgesellschaft aktiv Einfluss nehmen?

In diesem Kapitel zeigen wir die zentralen demokratischen Verteidigungslinien auf, mit denen sich der Umbau des Geldsystems bremsen, verändern oder sogar stoppen lässt. Die gute Nachricht: Demokratie

hat mehr Werkzeuge, als man denkt – man muss sie nur nutzen.

Information als Grundlage demokratischer Gegenwehr

Demokratie lebt von Aufklärung. Wer die Tragweite des digitalen Euro (CBDC) nicht kennt, kann sich kaum dagegen positionieren. Deshalb ist es essenziell, Informationen über die technischen Hintergründe, die juristischen Risiken und die gesellschaftlichen Folgen breit, verständlich und faktenbasiert zu verbreiten. Bürgerinitiativen, Journalisten, alternative Medien, Wissenschaftler und Aktivisten können gemeinsam dazu beitragen, dass das Thema aus der Nische in die breite Öffentlichkeit gelangt. Aufklärung ist die Voraussetzung jeder demokratischen Reaktion.

Parlamentarische Kontrolle einfordern

Die EZB ist unabhängig, doch das bedeutet nicht, dass sie von Kritik oder Kontrolle freigestellt ist. Nationale Parlamente, insbesondere der Bundestag, können durch Anträge, öffentliche Debatten, Untersuchungsausschüsse und Stellungnahmen Einfluss nehmen.

Auch auf europäischer Ebene – im Europäischen Parlament – besteht die Möglichkeit, über Gesetzgebungsverfahren, Änderungsanträge und politische Resolutionen den Rahmen für den digitalen Euro (CBDC) zu beeinflussen. Abgeordnete sollten ermutigt werden, sich mit dem Thema ernsthaft auseinanderzusetzen – jenseits parteipolitischer Grabenkämpfe.



**WER INFORMIERT IST,
KANNT ENTSCHEIDEN.
WER SCHWEIGT,
WIRD ENTSCHEIDEN.**

Petitionen, Volksbegehren und Bürgerinitiativen

In vielen Ländern bestehen formelle Instrumente direkter Demokratie. Bürger können Petitionen einreichen, Volksinitiativen starten oder auf Landesebene sogar Volksbegehren anstoßen. Diese Werkzeuge sind oft mühevoll – aber wirksam.

Selbst wenn sie keine unmittelbare Rechtskraft entfalten, erzeugen sie politischen Druck, schaffen Öffentlichkeit und zwingen Verantwortliche zur Reaktion. Besonders auf Landes- und Kommunalebene können solche Instrumente genutzt werden, um Widerstand sichtbar zu machen.



Zivilgesellschaftliche Bündnisse stärken

Einzelne Stimmen verhallen – doch kollektiver Protest wirkt. Deshalb ist es wichtig, breite Bündnisse zu schmieden: zwischen Juristen, Datenschützern, Ökonomen, Gewerkschaften, Kirchen, Umweltgruppen, Unternehmerverbänden, Banken und bürgerlichen Bewegungen.

Das Thema ist nicht links oder rechts – es ist grundrechtlich. Wer sich für Freiheit, Selbstbestimmung und informationelle Integrität einsetzt, gehört in dieses Bündnis. Gemeinsam können Aktionen koordiniert, Materialien erstellt, Medien informiert und politische Entscheidungsträger konfrontiert werden.



Digitale Gegenöffentlichkeit aufbauen

Die klassischen Medien berichten oft spät oder oberflächlich. Umso wichtiger ist eine starke digitale Öffentlichkeit: Podcasts, Blogs, YouTube-Kanäle, Erklärungsvideos, Infografiken und soziale Medien sind mächtige Werkzeuge, um Aufmerksamkeit zu schaffen.

Die Bewegung gegen den digitalen Euro (CBDC) muss sichtbar werden – emotional, argumentativ, kreativ. Es braucht Gesichter, Geschichten, Fakten – und Mut. Nur so wird aus Sorge Widerstand, aus Kritik Veränderung.



**GRUNDRECHTE LEBEN
DAVON, DASS DU
MITMACHST – NICHT
DAVON, DASS MAN
DICH FRAGT.**

Fazit zu Kapitel 9

Demokratie ist kein Zuschauersport. Sie lebt vom Mitmachen – gerade dann, wenn technokratische Prozesse die Öffentlichkeit umgehen wollen. Der digitale Euro (CBDC) darf nicht im Schatten digitaler Ausschreibungen und Sitzungsprotokolle beschlossen werden. Er gehört in die Parlamente, in die Medien, auf die Straße und ins Bewusstsein der Menschen. Die demokratische Verteidigung beginnt jetzt.

Digitale Alternativen von unten

Kryptowährungen, Komplementärwährungen
und freie Zahlungssysteme

Wenn der digitale Euro (CBDC) mit seinen Risiken Realität wird, was bleibt dann als Ausweg? Müssen wir ein zentrales, potenziell überwachendes Zahlungssystem alternativlos hinnehmen? Die Antwort ist klar: Nein. Die digitale Welt bietet auch Werkzeuge der Freiheit. Dezentralität, Open Source, Selbstverwaltung und freiwillige Nutzung – das sind die Prinzipien, auf denen Alternativen entstehen.

In diesem Kapitel zeigen wir, dass es bereits heute vielfältige, funktionierende und innovative Alternativen zum digitalen Zentralbankgeld gibt und dass diese

Modelle eine echte Chance auf ein freies, sicheres und selbstbestimmtes Geldsystem bieten.



Kryptowährungen: Freiheit unter Vorbehalt

Bitcoin, Ethereum, Monero oder Litecoin gelten für viele als dezentrale Alternativen zu staatlich kontrolliertem Geld. Ihre Grundidee: Vertrauen entsteht nicht durch Institutionen, sondern durch Mathematik, kryptografische Verfahren, offene Quellcodes und weltweite Netzwerke. Es geht um ein Geldsystem ohne zentrale Autorität – transparent, unveränderlich und in seiner Geldmenge begrenzt.

Bitcoin hat dabei den Beweis angetreten, dass ein globales Zahlungssystem ohne Zentralbank technisch möglich ist – resistent gegen Inflation, staatliche Manipulation oder geldpolitische Willkür. Die Idee dahinter war revolutionär: finanzielle Souveränität durch Technologie.

Doch die Realität hat sich verändert. Mit der EU-Verordnung MiCA (Markets in Crypto-Assets, Verordnung über Märkte für Kryptowerte) wird der Zugang zu Kryptowährungen mittlerweile stark reguliert. Anonyme Wallets sind nicht mehr legal nutzbar, Anbieter

und Börsen sind verpflichtet, umfangreiche KYC-Verfahren durchzuführen. Die Nutzung von datenschutzorientierten Kryptowährungen wie Monero oder Zcash wird zunehmend eingeschränkt – angeblich aus Gründen der Geldwäschebekämpfung. In mehreren Ländern, darunter Japan, Südkorea und Australien, sind sogenannte Privacy-Coins bereits verboten oder von Handelsplattformen entfernt worden. Auch in der EU laufen Bestrebungen, anonyme Transaktionen vollständig zu unterbinden.

Das Fazit ist ernüchternd: Kryptowährungen können zwar eine alternative Form der Geldhaltung darstellen – aber nicht anonym, nicht grenzenlos frei und nicht ohne regulatorisches Risiko. Ihre einst versprochene Unabhängigkeit steht unter dem Vorbehalt staatlicher Kontrolle.

Edelmetalle: Gold und Silber als realistischer Rückzugsort



Physisches Gold und Silber zählen zu den wenigen Vermögensformen, die vollständig außerhalb des digitalen Finanzsystems existieren – offline, anonym und direkt besitzbar. Anders als Kryptowährungen sind sie nicht von Strom, Netzverbindung oder Apps abhängig. Sie lassen sich einfach lagern, sind transportabel und genießen seit Jahrtausenden weltweite Akzeptanz als verlässliche Wertspeicher.

Aktuell (Stand 2025) ist der Besitz von Gold in Deutschland und der EU legal. Käufe bis zu einem Betrag von 2.000 Euro pro Person sind anonym möglich, wobei die Schwelle in der Vergangenheit noch bei 10.000 Euro lag. Auch Silber ist frei handelbar, unterliegt jedoch der Mehrwertsteuer. Ein gesetzliches Verbot von Edelmetallen ist derzeit nicht absehbar, allerdings gelten sie offiziell nicht als Zahlungsmittel, was ihre Nutzung im klassischen Sinne einschränkt. Im Tauschhandel jedoch – insbesondere in Krisenzeiten – sind sie nach wie vor einsetzbar.

Die Geschichte zeigt: In Zeiten wirtschaftlicher oder politischer Instabilität wurden Gold und Silber nicht

nur als Wertspeicher gehalten, sondern aktiv gegen Güter des täglichen Lebens getauscht, zum Beispiel gegen Lebensmittel, Kleidung, Medikamente oder handwerkliche Leistungen. In genau solchen Szenarien zeigt sich der besondere Wert physischer Edelmetalle: Sie sind greifbar, unveränderlich, unabhängig – und damit ein potenzieller Rettungsanker, wenn digitale Zahlungssysteme ausfallen oder staatlich eingeschränkt werden. Entscheidend ist allerdings, dass man über eigenen physischen Besitz verfügt, ihn sicher lagert und im Ernstfall darauf zugreifen kann.

Neben Gold und Silber existieren auch andere Edelmetalle wie Platin oder Palladium, die insbesondere im industriellen Kontext als Wertspeicher dienen. Ihre Funktion als Krisenmetall ist jedoch begrenzt, da ihre Marktakzeptanz als Tauschobjekt im Alltag deutlich geringer ausfällt. Gold und Silber hingegen haben ihren Ruf als universell verständliches und bewährtes Zahlungsmittel über Jahrhunderte hinweg behauptet, sind weltweit anerkannt und in jeder Krise relevant.

Das Fazit ist klar: Wer seinen Wert außerhalb digitaler Strukturen sichern möchte, kommt an physischen Edelmetallen kaum vorbei – vorausgesetzt, Lagerung und Zugang sind eigenverantwortlich organisiert.

Regionale & komplementäre Währungen: begrenzt, aber nützlich

Modelle wie der Chiemgauer, der Berliner oder der sardische Sardex zeigen: Lokale Kreisläufe können durch regionale Zahlungsmittel gestärkt werden. Auch die WIR-Bank in der Schweiz ist ein gutes Beispiel für krisenfesten Parallelwährungen.

Aber: Diese Systeme sind komplementär, nicht unabhängig. Sie benötigen akzeptierende Partner, funktionierende regionale Strukturen und politische Toleranz. Ihre Reichweite ist begrenzt. Digitale Unterstützung (Apps, QR-Systeme) kann ihre Reichweite erhöhen, aber auch sie könnten im Rahmen der kommenden EU-Zahlungsregeln unter Druck geraten, wenn sie nicht staatlich eingebunden sind.

Digitale Barzahlungssysteme: GNU Taler & eCash

Systeme wie GNU Taler oder eCash (David Chaum) gelten als Hoffnungsträger für digitale Zahlungen mit Datenschutz. Ihr Konzept: Der Käufer bleibt anonym – der Händler ist nachvollziehbar. GNU Taler wird sogar von der EU-Kommission als „vereinbar mit der DSGVO“ betrachtet. Doch solche Systeme hängen davon ab, ob Banken und Staaten sie integrieren – oder blockieren.

Bislang ist keine breite Umsetzung geplant, weder von der EZB noch von Regierungen. Ihre Zukunft ist unklar.

Bildung, Eigenverantwortung und dezentrale Aktion

Alle ernst zu nehmenden Alternativen zum digitalen Zentralbankgeld haben eines gemeinsam: Sie erfordern Wissen, Eigenverantwortung und die Bereitschaft

zur aktiven Auseinandersetzung. Es reicht nicht, sich gegen ein System auszusprechen – man muss auch verstehen, wie es funktioniert und welche Wege es gibt, sich unabhängig davon aufzustellen. Wer sich schützen will, muss informiert sein – nicht blind vertrauen. Gerade in einer Welt, in der Kontrolle zunehmend technisiert und als Komfort getarnt wird, ist Aufklärung der erste Akt der Selbstermächtigung.

Deshalb ist echte, tiefgreifende Bildung heute wichtiger denn je. Es geht um Fragen wie: Was genau ist programmierbares Geld – und wo liegen die Risiken? Wie funktioniert Bargeld im Vergleich zu digitalen Zahlungsmitteln? Was macht Kryptowährungen wie Bitcoin zu einem potenziellen Freiheitsinstrument – und welche Gefahren bergen sie in sich? Wie kann ich physisches Gold und Silber sicher lagern, sodass ich im Ernstfall darauf zugreifen kann? Und wie erkenne ich manipulative Narrative oder Propaganda rund um neue Zahlungssysteme?

Wissen ist Schutz. Denn wer versteht, kann unterscheiden, und wer unterscheiden kann, ist nicht ma-

nipulierbar. Bildung ist nicht nur ein Mittel zur Information, sondern zur Befähigung. Sie macht aus passiven Konsumenten aktive Gestalter. Und genau das ist in einer zunehmend digitalisierten Welt entscheidend: dass Menschen nicht nur mitmachen, sondern bewusst entscheiden, *wie* sie mitmachen – oder ob sie eigene Wege gehen wollen.

Finanzielle Eigenständigkeit beginnt mit Verständnis. Doch sie endet nicht dort. Es braucht auch dezentrale Aktion – lokal, gemeinschaftlich, selbstbestimmt. Initiativen, Nachbarschaften, Netzwerke, in denen Menschen ihr Wissen teilen, Alternativen aufbauen, Gold gemeinsam lagern, unabhängige Bildungsangebote schaffen oder digitale Tools entwickeln, die den Bürger statt den Staat stärken.

Die Grundlage für all das ist Bildung. Und Bildung beginnt mit einer einfachen Entscheidung: sich nicht ablenken zu lassen, sondern hinzusehen, nachzufragen, zu begreifen. Wer diesen Schritt geht, übernimmt Verantwortung – für sich, für seine Familie und für die Zukunft eines freien Geldsystems.



**NICHT ALLES GLAUBEN.
SELBST PRÜFEN.
VORBEREITET SEIN.**

Fazit zu Kapitel 10

Der digitale Euro (CBDC) ist kein unausweichliches Schicksal – es gibt Alternativen. Doch diese sind weder automatisch sicher noch für alle gleichermaßen geeignet. Kryptowährungen wie Bitcoin oder Ethereum zeigen technische Möglichkeiten auf, stehen jedoch unter zunehmender Regulierung, sind öffentlich rückverfolgbar und in Teilen politisch gefährdet. Physisches Gold und Silber bieten einen verlässlichen Wertspeicher außerhalb des digitalen Systems, sind offline lagerfähig und anonym nutzbar – allerdings nicht als offizielles Zahlungsmittel anerkannt.

Regionale Tauschsysteme oder Gutscheine können lokale Stabilität fördern, bleiben jedoch in ihrer Reichweite begrenzt und sind oft rechtlich oder strukturell verwundbar. Digitale Privatsysteme, die auf Datenschutz und Dezentralität setzen, wirken vielversprechend, befinden sich jedoch häufig noch im Entwicklungsstadium oder stoßen auf staatliche Ignoranz bis hin zur aktiven Blockade.

Die stärkste Alternative bleibt jedoch nicht materiell, sondern geistig: Bildung, Eigenverantwortung und dezentrale Vernetzung. Wer informiert ist, wer kritisch prüft und sich mit Gleichgesinnten vernetzt, ist nicht nur vorbereitet, sondern handelt aus Freiheit heraus. In einer Welt zunehmender Zentralisierung wird genau das zur eigentlichen Währung: Selbstbestimmung.

Nicht alles glauben. Selbst prüfen. Und vorbereitet sein.

Ziviler Widerstand und Aufklärung

Kampagnen, Aktionen, Multiplikatoren und
Argumentationslinien

Je technischer ein Projekt erscheint, desto weniger Widerstand regt sich dagegen. Wer versteht schon sofort die Konsequenzen von Zahlungsarchitekturen, Wallet-Standards oder SDK-Ausschreibungen? Genau darin liegt das Problem – und gleichzeitig der Schlüssel zur Lösung: Denn der digitale Euro (CBDC) ist kein technisches Detail, sondern ein gesellschaftspolitisches Großprojekt. Deshalb braucht es keine Techniker, sondern Bürger, die sich einmischen. Ziviler Widerstand ist in einer Demokratie nicht nur legitim – er ist notwendig, wenn Grundrechte gefährdet sind. Und Aufklärung ist seine Basis.

Dieses Kapitel zeigt Wege auf, wie wir uns als Gesellschaft gegen einen übergriffigen digitalen Euro (CBDC) wehren können – friedlich, entschlossen, kreativ.

Aufklären statt ängstigen

Es reicht nicht, zu warnen. Wer nur Alarm schlägt, wird überhört. Besser ist es, faktenbasiert, verständlich und empathisch über die Risiken des digitalen Euro (CBDC) zu informieren – ohne Panik, aber mit Klarheit.

Gute Aufklärung beginnt im Kleinen: Gespräche im Freundeskreis, Elternabende, Vorträge im Verein, Infostände auf dem Markt, Beiträge in lokalen Zeitungen. Wichtig ist, das Thema greifbar zu machen. Was bedeutet ein digital kontrolliertes Geldsystem im Alltag? Was heißt das für meine Kinder, mein Gewerbe, mein Ehrenamt? Für die Zukunft von uns allen?

Nicht jeder ist online. Und selbst online sehen viele Menschen nur das, was ihnen gezeigt wird. Deshalb bleibt klassische Aufklärung ein wirksames Mittel:

- **Flyer** in Briefkästen
- Bargeld-Flyer in Bäckereien, Apotheken, Läden
- **Aufkleber** im öffentlichen Raum, an Türen, Kassen oder Schaufenstern anbringen oder diese an Geschäfte weitergeben. Zum Beispiel mit der Aufschrift „Bargeld willkommen“ oder auch **QR-Codes**, die auf Artikel, Erklärvideos oder Petitionen verlinken
- **Kurzgespräche** mit einem „Ich zahl’ bar, weil ...“

Aufklärung beginnt nicht erst bei der Masse, sondern bei jedem Einzelnen. Ein sichtbares Zeichen wie „Bargeld willkommen“ hilft, das Bewusstsein zu stärken – und signalisiert anderen: Hier darfst du frei entscheiden, wie du bezahlst.

Wer in einem Laden bar bezahlt – und das sollte man so oft wie möglich tun, anstatt ein digitales Zahlungsmittel zu benutzen – kann ein Gespräch eröffnen. Ein einfacher Satz wie „Ich zahl bar, weil ich frei bleiben will“ reicht oft, um Nachdenken auszulösen. Hinterlasse einen Flyer, gib einen Link weiter oder stelle eine

Frage. Was banal wirkt, ist in Wahrheit ein Akt zivilen Widerstands – still, wirksam und jeden Tag möglich.

Die bestehende Kampagne #CashMachtFesch zeigt, wie niedrigschwellige Mittel große Wirkung entfalten können. Jeder Mensch, der versteht, worum es wirklich geht, ist ein Multiplikator. Er muss es nur einsetzen.

Banken aufklären – bevor sie verschwinden

Viele Bürger sehen Banken als Teil des Problems, und in vielen Fällen ist das auch berechtigt. Doch nicht jede Bank profitiert vom digitalen Euro (CBDC). Während Großbanken sich auf ihre neue Rolle als Wallet-Verwalter vorbereiten, droht vielen kleineren Banken, Sparkassen und Genossenschaften schlicht die Bedeutungslosigkeit.

Wer digitale Zentralbankkonten hat, braucht weder Girokonto, Filiale oder Kundenberater.



Die wenigsten regionalen Banken haben das bislang erkannt. Genau hier kann gezielte Aufklärung ansetzen – durch sachliche Informationen, persönliche Gespräche oder gezielte Briefaktionen an Bankleitungen. Es geht darum, Allianzen zu schaffen, bevor alles zu spät ist.

Multiplikatoren gewinnen

Jede Bewegung braucht Verstärkung. Wer den digitalen Euro (CBDC) kritisch sieht, sollte Menschen ansprechen, die Vertrauen genießen: Lehrerinnen, Ärzte, Künstler, Unternehmer, Geistliche. Sie können Brücken bauen, Vertrauen schaffen, Debatten anstoßen.

Auch Netzwerke helfen: Datenschutzvereine, Grundrechtsorganisationen, Journalisten, Juristen, Kirchen, Umweltgruppen, Bildungsinitiativen – sie alle können das Thema weitertragen. Gemeinsame Kampagnen, Petitionen, Positionspapiere und Infoabende schaffen Sichtbarkeit und Legitimität.

Ebenso können Banken, insbesondere regionale Institute, zu Verbündeten werden – wenn sie begreifen, dass sie im neuen System möglicherweise überflüssig sind. Aufklärung darf auch dort ansetzen, wo man sie nicht erwartet.



Protest sichtbar machen

Widerstand braucht Öffentlichkeit. Ob Mahnwachen, Flashmobs, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen oder kreative Aktionen – es gibt viele Wege, Aufmerksamkeit zu erzeugen.

Auch Demonstrationen an strategischen Orten, wie etwa vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt oder vor regionalen Zentralbanken, können Wirkung entfalten, besonders dann, wenn sie friedlich, würdevoll und kreativ sind.

Auch digitale Formen sind wirksam: Hashtag-Kampagnen, Erklärvideos, Memes, Blogartikel, Podcasts. Besonders wirksam sind persönliche Geschichten: Warum lehnt jemand den digitalen Euro (CBDC) ab? Welche Sorgen haben Betroffene? Was motiviert zum Handeln?



Alternativen aufzeigen

Kritik ist wichtig, aber noch besser wird sie, wenn sie mit Lösungen verbunden ist. Wer den digitalen Euro (CBDC) ablehnt, sollte Alternativen vorschlagen: dezentrale Systeme, Datenschutztechnologien, Komplementärwährungen, digitale Bildung, offene Standards. Auch analoge Alternativen – wie physisches Gold, Tauschgemeinschaften oder lokale Gutscheinsysteme – können helfen, Abhängigkeiten zu reduzieren.

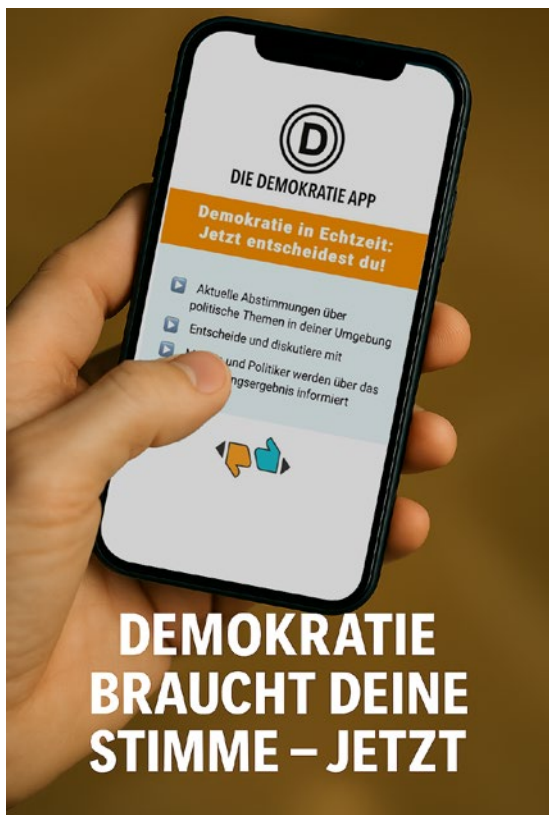
Sie allein ersetzen kein globales Zahlungssystem, aber sie geben Raum für Autonomie, Unabhängigkeit und Selbstorganisation. Gerade in Zeiten zentraler Steuerung können dezentrale Nischen zum Schutzraum werden.

Ein glaubwürdiger Widerstand zeigt nicht nur, was er nicht will, sondern auch, was er stattdessen möglich macht. So entsteht konstruktive Energie, die neue Verbündete gewinnt.

Abstimmungen und politische Signale

Auch wenn viele Entscheidungen in Brüssel oder Frankfurt fallen, lohnt es sich, regionale und nationale Beteiligungsformen zu nutzen. Petitionen, Abstimmungen auf Plattformen wie DieDemokratieApp.de oder direkte Kommunikation mit Abgeordneten zeigen: Das Thema bewegt Menschen.

Auch kleine Erfolge – wie der Erhalt des Bargelds in Geschäften, eine lokal organisierte Bürgerbefragung oder eine offizielle Stellungnahme eines Stadtrats – senden ein starkes Signal: Die Bevölkerung schaut genau hin.



Dranbleiben – und Vertrauen in die Wirkung

Ziviler Widerstand ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Es wird Phasen der Erschöpfung, der Ablehnung, der Enttäuschung geben. Doch jede Aktion, jede Infoveranstaltung, jeder Artikel kann ein Samenkorn sein, das später Wirkung zeigt.

Widerstand braucht Ausdauer, Gemeinschaft und Vision. Wer Freiheit liebt, darf nicht schweigen. Wer Verantwortung spürt, darf nicht warten. Der Moment zu handeln ist jetzt.



**ZUKUNFT IST,
WAS WIR DARAUS
MACHEN.**

Fazit zu Kapitel 11

Der digitale Euro (CBDC) kann gestoppt, verändert oder begrenzt werden – wenn genug Menschen aktiv werden. Ziviler Widerstand ist das demokratische Gegengewicht zu technokratischer Entfremdung. Aufklärung ist der Anfang, Engagement die Kraft, Beharrlichkeit der Schlüssel. Die Zukunft gehört nicht jenen, die schweigen, sondern jenen, die aufstehen.

WAS WIR TUN KÖNNEN



BANKEN INFORMIEREN

Auf kleinere Banken zugehen.
Vor dem digitalen Euro warnen.



AUFKLÄREN

Bargeld-Flyer verteilen.
Flugblätter in Briefkästen einwerfen.
Gespräche führen.



DEMONSTRIEREN

Bei Demos vor Ort Flagge zeigen.
In Abstimmungen einbringen.

#CashMachtFesch

NEIN
zum
digitalen
EURO

POSITIONIEREN

In Sozialen Medien aktiv sein.

#CashMachtFesch

#NeinZumDigitalenEuro

#NurBaresIstWahres

#Kontrollwahrung

Schlusswort:

Ein Aufruf zur digitalen Souveränität

Warum die Gestaltungshoheit über das Geldsystem in Bürgerhand gehört

Der digitale Euro (CBDC) ist nicht einfach nur ein neues Zahlungsmittel – er ist Ausdruck eines fundamentalen Wandels. Ein Wandel, der unsere Gesellschaft, unsere Demokratie und unser Freiheitsverständnis herausfordert. Es geht nicht um Technik. Es geht um Macht. Es geht um Vertrauen. Es geht um Kontrolle. Und es geht um die Frage: Wer gestaltet unsere digitale Zukunft – wir als Bürger oder wenige Institutionen hinter verschlossenen Türen?

Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen: Der Übergang zu einem digitalen Zahlungssystem ist längst nicht mehr hypothetisch. Die technischen Grundlagen sind ge-

legt, die politischen Signale eindeutig, die regulatorischen Rahmenbedingungen in Arbeit. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird der digitale Euro (CBDC) zum Standard – mit allen Risiken, die in diesem Buch beschrieben werden. Schon die Bibel mahnt uns: „*Niemand kann kaufen oder verkaufen, der nicht das Zeichen hat*“ (Offenbarung 13,17). Ob man dies religiös versteht oder als Mahnung für unsere Zeit: Wir sollten wachsam sein, wenn sich technische Systeme in ebendiese Richtung entwickeln.

Aber: Es ist nicht zu spät.

Wir haben die Möglichkeit, zu entscheiden, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Wir können fordern, dass Bargeld erhalten bleibt. Wir können Alternativen stärken. Wir können demokratische Kontrollmechanismen einfordern. Wir können Bildung fördern, kritische Debatten führen und Allianzen bilden. Und wir können uns – friedlich, entschlossen und sachlich – gegen ein System stellen, das unsere Grundrechte untergräbt.

Freiheit stirbt nicht plötzlich. Sie stirbt schrittweise – durch Bequemlichkeit, durch Gewöhnung, durch Schweigen. Der digitale Euro (CBDC) ist kein unausweichliches Schicksal. Er ist ein Projekt. Und jedes Projekt kann gestoppt, verändert oder umgebaut werden, wenn die Gesellschaft es will. Jeder Einzelne kann aktiv werden und somit das Kollektiv stärken.

Dieses Buch ist ein Versuch, Licht ins Dunkel zu bringen. Es soll Mut machen, Fragen zu stellen, Position zu beziehen und aktiv zu werden. Denn die zentrale Erkenntnis lautet: Die digitale Zukunft ist kein Naturgesetz – sie ist gestaltbar.

Wir brauchen eine neue digitale Souveränität. Eine Souveränität, die nicht durch Zentralisierung, sondern durch Vielfalt entsteht. Eine, die nicht auf Kontrolle, sondern auf Vertrauen basiert. Eine, in der Technik dem Menschen dient – nicht umgekehrt.

Der digitale Euro (CBDC) ist ein Testfall. Nicht für Technik, sondern für Demokratie. **Nutzen wir ihn.**

Ein neues Geld – und das Ende der Freiheit?

Der digitale Euro ist keine bloße technologische Innovation. Er ist ein Systemwechsel. Die Europäische Zentralbank plant, unser Bargeld durch ein programmierbares, vollständig überwachbares Zentralbankgeld zu ersetzen – ohne öffentliche Debatte, ohne demokratische Legitimation. Was als modernes Zahlungssystem präsentiert wird, ist in Wahrheit der Einstieg in eine Kontrollarchitektur von historischem Ausmaß.

Dieses Buch ist ein Weckruf. Es zeigt, was wirklich hinter den offiziellen Ausschreibungen der EZB steckt, welche Risiken für Freiheit, Privatsphäre und Eigentum drohen – und was wir jetzt tun können, um die digitale Souveränität zurück in Bürgerhand zu bringen.

Wer die Kontrolle über sein Geld verliert, verliert die Kontrolle über sein Leben.

Es ist Zeit, aufzuwachen – bevor es zu spät ist.

www.stopp-die-kontrollwaehrung.de